



Vom Schuster– zum Wadani–Hof

Nach KommunistInnen benannte Gemeindebauten in Wien

PETER AUTENGRUBER

Derzeit sind in Wien (Stand: 1. Jänner 2023) 20 der insgesamt ca. 1.800 Gemeindebauten nach Personen benannt, die – zumindest zeitweilig – einer kommunistischen Partei angehörten. 16 der insgesamt 21 namensgebenden Männer und Frauen waren Mitglieder der KPÖ. Zwei Gemeindebauten – der *Karl-Marx-Hof* und der *Friedrich-Engels-Hof* – sind nach den Gründervätern des Kommunismus benannt. Sie werden an dieser Stelle nicht näher beschrieben, da deren Biographien hinreichend bekannt sind. An dieser Stelle nur der Hinweis, dass der 1930 eröffnete Karl-Marx-Hof (19., Heiligenstädter Straße 82–92) nach den Februar-kämpfen des Jahres 1934 kurzfristig Biedermannhof hieß, benannt nach dem Hauptmann des Bundesheeres Karl Biedermann (1890–1945), der maßgeblich an der Beschließung und Erstürmung des Karl-Marx-Hofes beteiligt war. Biedermann wurde Anfang April 1945 wegen militärischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus am Floridsdorfer Spitz gehängt. 1935 wurde der Karl-Marx-Hof offiziell in Heiligenstädter Hof umbenannt. Der Friedrich-Engels-Hof (11., Ehamgasse 8) wiederum verlor 1934 seinen Vornamen sowie ein „s“ und damit seinen politischen Bezug: Er hieß ab diesem Zeitpunkt schlicht Engel-Hof. Sowohl der Karl-Marx-Hof als auch der Friedrich-Engels-Hof erhielten 1945 ihren Namen zurück.

Seit 1949 folgten 18 Benennungen nach (zum Teil früheren) kommunistischen ParteigängerInnen, wobei sich unter den 19 namensgebenden Personen 15 Männer und vier Frauen befinden:

- Franz-Schuster-Hof (1949)
- Gallhof (1949)
- Grossmannhof (1949)
- Heizmannhof (1949)
- Liskahof (1949)
- Maria-und-Rudolf-Fischer-Hof (1949)
- Mithlingerhof Rasenstadt (1949)
- Plocekhof (1949)

- Ernst-Reuter-Hof (1956)
- Pablo-Neruda-Hof (1981)
- Ernst-Kirchweiger-Hof (1987)
- Edwin-Schuster-Hof (1989)
- Margarete-Schütte-Lihotzky-Hof (1997)
- Josef-Baldermann-Hof (2013)
- Friedl-Dicker-Brandeis-Hof (2016)
- Gerda-Lerner-Hof (2016)
- Hans-Landauer-Hof (2020)
- Richard-Wadani-Hof (2022)

Neu-, Rück- und Umbenennungen

Am 15. Februar 1949 beschloss der Gemeinderatsausschuss III (Kultur und Volksbildung) eine Reihe von Neu-, Rück- und Umbenennungen von Verkehrsflächen und städtischen Wohnhausanlagen. Im Amtsblatt der Stadt Wien wurde dies so begründet: „Die Rück- und Umbenennung von Verkehrsflächen, die nach Nationalsozialisten benannt worden waren, wurden noch im Laufe des Jahres 1945 abgeschlossen. In den Jahren 1946 und 1947 konnte sodann mit der Rückbenennung jener Verkehrsflächen begonnen werden, die in der nationalsozialistischen Ära umbenannt worden waren. [...] Im Oktober und November 1948 befaßte sich ein aus Vertretern der drei politischen Parteien und des Wiener Magistrates bestehendes Komitee unter Beiziehung der Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherstellvertreter mit der Frage der Benennung.“¹

Das Gremium war breit aufgestellt, auch die damals in der Wiener Stadtregerung vertretene KPÖ war am Entscheidungsfindungsprozess beteiligt. Das Datum der Benennung war nicht zufällig gewählt worden: 15 Jahre nach dem erfolglosen Aufstand des Republikanischen Schutzbundes gegen die Diktatur wurde mit vielen Benennungen ein klares Zeichen gegen Krieg und Faschismus gesetzt. So wurde unter anderem ein Gemeindebau in zentraler Lage in Hernals (beim Straßenbahnnumsteigeknoten Hernalser Hauptstraße/Güpfelringstraße)

nach dem ehemaligen Stabschef des Republikanischen Schutzbundes, Alexander Eifler, benannt.

Acht Gemeindebauten wurden in diesem Zuge nach kommunistischen Opfern der nationalsozialistischen Diktatur benannt. Im Amtsblatt wurde auch die genaue Textierung zu den Straßentafeln vorgeschlagen. Sie hatte jeweils zu lauten „Name, Freiheitskämpfer, Lebensdaten“. Nur beim Maria-und-Rudolf-Fischer-Hof war die Textierung mit „Maria Fischer, 1903–1943; Rudolf Fischer, 1905–1943; Freiheitskämpfer“ leicht abweichend.

Leider erschließen sich aus den Magistratsakten zu diesen sieben Gemeindebauten keine weiteren Hinweise auf die näheren Hintergründe der Benennungen, etwa darauf, warum aus der Vielzahl kommunistischer NS-Opfer die genannten acht WiderstandskämpferInnen Berücksichtigung fanden.²

Franz Schuster

Der 1927/28 vom Architekten Alfred Kraupa (1886–1969) und dem Bauunternehmer und Stadtbaumeister August Friedrich Scheffel (1872–1945) errichtete Gemeindebau im dritten Wiener Gemeindebezirk, Hagenmüllergasse 14–16, wurde in *Franz-Schuster-Hof* benannt.³ Ing. Franz Schuster (1904–1943) war technischer Beamter (Stadtbauinspektor) und Betriebsrat im E-Werk in Wien. Er engagierte sich früh für die Sozialdemokratie, war im Schulungsbereich tätig und Mitglied des Republikanischen Schutzbundes. Seit dem Justizpalastbrand im Juli 1927 stand er zunehmend in Opposition zur sozialdemokratischen Parteiführung. An den Februarkämpfen 1934 nahm Schuster aktiv in seinem Betrieb teil. Danach wurde er Mitglied der KPÖ, in deren Zentralkomitee er am 12. Parteitag im September 1934 gewählt wurde. Am 5. Dezember 1934 wurde Schuster als Leiter der *Roten Hilfe* verhaftet und ein Jahr im Anhaltelager



Wöllersdorf eingesperrt. Zwischen Oktober 1936 und Februar 1938 war er neuerlich inhaftiert.

Die Nationalsozialisten stellten als Wahlpropaganda 1938 rund 400 Arbeiter im E-Werk wieder ein, darunter auch Schuster. Dieser blieb jedoch seiner Gesinnung treu und betätigte sich weiter für die illegale KPÖ. Er wurde am 1. September 1939 verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert. Dort gehörte er dem illegalen Häftlingskomitee an und verstarb am 23. Dezember 1943 an den Folgen einer Infektion.⁴

Matthias Gall

Ebenso wie Schuster kam der Widerstandskämpfer Matthias Gall (1893–1944), nach dem der *Gallhof* in Wien 9., Heiligenstädter Straße 4, benannt wurde, aus dem sozialdemokratischen Lager. Auch dieser Gemeindebau stammt aus der Ersten Republik. Er wurde 1924/25 von der Architekten-Arbeitsgemeinschaft Alfred Chalusch (1883–1957) und Heinrich Schopper (1881–1952) erbaut.

Der städtische Werkmeister und Zimmerergehilfe Matthias Gall war von 1932 bis 1934 sozialdemokratischer Bezirksrat und Sektionsleiter in Wien-Alsergrund. Die Gestapo verhaftete ihn am 10. April 1941 wegen der Verbreitung von kommunistischen Flugblättern. Die Anschuldigung lautete, dass er der illegalen KPÖ angehöre und sich „für deren hochverräterische Ziele durch Aufrechterhaltung und Ausbau organisatorischer Verbindungen und durch Beteiligung an Treffs“ betätigte.⁵ Im April 1942 wurde Gall zwar vom Oberlandesgericht Wien mangels Beweisen freigesprochen,⁶ er blieb jedoch in Haft und wurde als Bezirkskassier der KPÖ Innere Stadt neuerlich angeklagt. Im Dezember 1942 wurde er, diesmal vom Volksgerichtshof, zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Gall habe sich „im Sinne der

Roten Hilfe, einer Nebenorganisation der KP, betätigt“. Er habe „als Zahler und Sammler von solchen Spenden zum Ausdruck bringen wollen, daß er sich mit den in Haft befindlichen Gesinnungsgenossen in ihrer alten Idee eins fühle und an ihrem Schicksal teilnehme.“⁷ Gall verstarb am 2. August 1944 im Zuchthaus Straubing.⁸

Die Figur „Kraft und Fruchtbarkeit“ über dem Eingang des Gemeindebaus sowie die Steinplastik „Spielende Kinder“ im Hof schuf der Bildhauer Leopold Hohl.

Oskar Grossmann

Der 1925/26 von den Architekten Viktor Reiter (1894–1973), Wilhelm Rumler (1894–1950) und Anton Valentin (1895–1976) geschaffene Gemeindebau in Wien 20., Denisgasse 29–41, wurde in *Grossmannhof* benannt. Der Postangestellte und Journalist Oskar Grossmann (1903–1944) trat um 1920 in den kommunistischen Jugendverband ein, war seit 1930 Redakteur des kommunistischen Zentralorgans *Die Rote Fahne* und Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ. Er publizierte unter dem Pseudonym Alexander Schönau über den Bürgerkrieg und emigrierte in die Tschechoslowakei. Bis 1935 war er Vertreter der KPÖ beim Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale.

Nach der Besetzung Prags floh Grossmann mit der Parteileitung weiter nach Frankreich, wo er auch nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten blieb und führend im Widerstand tätig war. Am 27. Mai 1944 wurde er bei einem Anschlag in einem Vorort von Lyon, der Wehrmachtssoldaten galt, schwer verletzt und in ein Spital gebracht. Die Gestapo ermittelte seine Identität, seither gilt er als verschollen (bzw. als im Gefängnis von Lyon zu Tode gefoltert oder ermordet).⁹

Der Architekt des Gemeindebaus Anton Valentin arbeitete nicht nur für das Rote Wien, sondern später auch in der NS-Zeit. So war er etwa Sieger des Wettbewerbs zur Ausgestaltung des Aufmarschplatzes am Kahlenberg.

Otto Heizmann

Im selben Zeitraum wie der Grossmannhof (1925/26) wurde auch der *Heizmannhof* in Wien 2., Vorgartenstraße 140–142, erbaut. Architekt war der Sozialdemokrat Hubert Gessner (1871–1943), der u.a. das Vorwärts-Gebäude in Wien 5., Rechte Wienzeile 97, die damalige Parteizentrale der Sozialdemokratischen Partei, errichtete. Gessner wurde von den Nationalsozialis-

ten 1939 mit Berufsverbot belegt und musste sein Büro schließen.

Der Namensgeber Otto Heizmann (1895–1942) war Schlosser. Er gehörte einer kommunistischen Betriebszelle am Wiener Nordbahnhof an. Am 17. Februar 1942 wurde er verhaftet und Mitte Juli ins KZ Mauthausen überstellt, wo er am 2. August 1942 starb. Ein Mahnmal bei der ÖBB-Hauptwerkstätte, 21., Brünner Straße 68–70, enthält seinen Namen.¹⁰

Matthias Liska

Der 1931/32 erbaute Gemeindebau in Wien 14., Fünkhgasse 2, erhielt die Bezeichnung *Liskahof*. Der Arbeiter Matthias Liska (1889–1943) war zunächst Hilfskraft in der Landwirtschaft, dann Ziegelarbeiter und Soldat im Ersten Weltkrieg, ehe er 1919 als Hilfsarbeiter bei der Bahn eingestellt wurde. Zuletzt arbeitete er im Heizhaus am Wiener Westbahnhof. Liska trat 1919 der Sozialdemokratie bei und war auch Mitglied des Republikanischen Schutzbundes. Nach 1934 trat er zur KPÖ über und leistete sowohl in den Jahren der austrofaschistischen Diktatur als auch im Nationalsozialismus Widerstand.

Am 20. November 1942 wurde Liska wegen Verbreitung illegaler Schriften, Beitragssammlungen und der Leitung einer kommunistischen Gruppe am Wiener Westbahnhof verhaftet. Er wurde am 26. August 1943 wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 8. September 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Die Gewerkschaft der Eisenbahner stiftete in der Avedikstraße 2 eine Gedenktafel, die auch seinen Namen enthält.¹¹

Der Architekt des Gemeindebaus Erwin Böck (1894–1966) war zwar kein NSDAP-Mitglied, aber freiwilliges Mitglied des Sturmabteilung I der SS-Standarte 89. 1946 wurde er „entnazifiziert“.

Maria und Rudolf Fischer

Der schon in der Ersten Republik im Wiener Stadtbauamt tätige Architekt Konstantin Peller (1887–1969) zeichnet für den Gemeindebau in Wien 10., Laxenburger Straße 98, verantwortlich. Nach 1945 war Peller Vorsitzender der Wiener Stadtplanung und maßgeblich am Wiederaufbau Wiens beteiligt. Der Bau wurde im Februar 1949 nach dem Ehepaar Maria und Rudolf Fischer in *Maria-und-Rudolf-Fischer-Hof* benannt.

Maria Fischer (1903–1943) stammte aus ärmlichen Verhältnissen. Sie arbeitete im Konsum, trat 1927 in die Sozialde-

mokratie ein und zog 1931 mit dem Hilfsarbeiter Rudolf Fischer (1905–1943) in diesen Gemeindebau auf die Stiege 4. Beide traten nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 von der Sozialdemokratie zur illegalen KPÖ über. Sie leisteten Widerstand im Austrofaschismus und gegen den Nationalsozialismus. Beide waren in der NS-Zeit Mitglied der illegalen Stadtleitung, Maria Fischer zuletzt Bezirksleiterin von Favoriten.¹²

Maria und Rudolf Fischer organisierten die Herstellung und Verteilung kommunistischer Flugschriften und betreuten inhaftierte Kommunisten und Kommunistinnen. Das Ehepaar wurde von einem Gestapospitzel verraten und am 29. April 1941 in seiner Wohnung verhaftet. Rudolf Fischer wurde am 28. Jänner 1943 im Landesgericht Wien hingerichtet, seine Frau Maria am 16. Jänner 1943 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt und etwas mehr als zwei Monate später, am 30. März, ebenso im Landesgericht hingerichtet.¹³

Ihre 1930 geborene Tochter Erika Fischer schrieb im Rahmen eines Schülerwettbewerbs 1948 einen Aufsatz über ihre Mutter, der 1948 in der Anthologie „Ringende Jugend“ publiziert wurde.

Nachsatz: Der bis dahin noch unbekannte Hof wurde von den Nationalsozialisten (vermutlich) 1938 nach dem 1934 hingerichteten NS-Putschisten Otto Planetta (1899–1934) benannt, der beim Juli-Putsch 1934 (wahrscheinlich) die tödlichen Schüsse auf Bundeskanzler Engelbert Dollfuß abgegeben hatte.

Johann Mithlinger

Zuletzt wurde im Februar 1949 der Gemeindebau in Wien 10., Neilreichgasse 100, in Mithlingerhof benannt, heute gemeinhin unter *Mithlingerhof Rasenstadt* (oder auch Johann-Mithlinger-Siedlung) bekannt. Es handelte sich bei dieser Benennung um eine formale Bestätigung der Tatsache, dass die Wohnhausanlage „Rasenstadt“ bereits am 4. August 1945, wenige Monate nach der Befreiung, im Rahmen einer Feier im Beisein von Bürgermeister Theodor Körner (SPÖ) nach Mithlinger benannt worden war.¹⁴ Der auf Wohneinheiten bezogen große Wohnbau wurde in den Jahren 1929 bis 1931 vom Architekten des Wiener Stadtbauamtes Karl Schmalhofer (1871–1960) errichtet. Er ist auch als Miterbauer des Amalienbades in Wien-Favoriten bekannt.

Johann Mithlinger (1898–1944) war bis 1929 Angehöriger des Bundesheeres und arbeitete danach als Angestellter der

Zentralsparkasse Wien bzw. ab 1939 im Arbeitsamt. Der Sozialdemokrat wurde nach dem Bürgerkrieg 1934 verhaftet. In der NS-Zeit leistete er Widerstand für die illegale KPÖ. Im Dezember 1942 wurde Mithlinger als Angehöriger der Wehrmacht verhaftet, am 23. September 1943 wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt und am 7. Juni 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet. Sein Leichnam wurde nach dem Krieg gefunden und am 22. September 1945 am evangelischen Friedhof Matzleinsdorf beigesetzt.¹⁵

Für Mithlinger, der in der „Rasenstadt“ (Ernst-Ludwig-Gasse 2) wohnte, und zwölf weitere Opfer der NS-Diktatur wurde bereits am 4. August 1945 eine Gedenktafel angebracht. An der Außenseite des Wohnbaus sind Tafeln mit Märchenszenen und sechs Terrakottareliefs bemerkenswertes Detail.

Johann Plocek

Der 1925/26 von den Architekten Paul May (1886–1973) und Adolf Paar (1889–1964) errichtete Gemeindebau in Wien 20., Denisgasse 54, wurde im Jahr 1949 nach dem Widerstandskämpfer Johann Plocek (1890–1943) in *Plocekhof* benannt. Während über May wenig bekannt ist, weiß man über Paar, dass er für den „Anschlusssturm“ (Burschenschafterturm) der deutschen Burschenschaften in Linz (1932/33) verantwortlich zeichnet.

Der Sozialdemokrat Plocek trat 1925 als Arbeiter in Dienst der Wiener Straßenbahnen ein. Ab März 1931 war sein Dienort der Straßenbahnbetriebsbahnhof Brigittenau. Plocek war auch Sprengelfürsorgerat und Mitglied des Republikanischen Schutzbundes. In den Jahren 1926 bis 1928 und 1930 bis 1934 war er in seinem Betrieb Vertrauensmann. 1934 wurde Plocek von den Austrofaschisten aus dem Straßenbahndienst entlassen. Wegen Verteilung illegaler Druckschriften kam er für drei Monate in Polizeiarrest, ab 1936 war er im Anhaltelager Wöllersdorf interniert.

Die Nationalsozialisten nahmen 1938 zahlreiche Februarkämpfer wieder in Dienst, so auch Plocek im April 1938. Seine politische Gesinnung legte er allerdings nicht ab. Plocek gehörte wie sein Schwager Josef Krcmarik (1895 Burschenschafterturm 1943) einer Widerstandsgruppe im Straßenbahn-Betriebs-



bahnhof Brigittenau an. Krcmarik gehörte der KPÖ seit 1924 an, Plocek wurde am 21. Jänner 1942 wegen Betätigung für die KPÖ von der Gestapo erkenntnisdienstlich erfasst. Ob er auch tatsächlich Mitglied der KPÖ war, wie es im Urteil heißt, ist nicht verifizierbar: „Als bald nach seiner erfolgten Wiedereinstellung auf dem Straßenbahnbetriebsbahnhof Brigittenau nahm der Angeklagte Plocek an einer Besprechung der Funktionäre Haider, Krčmarik und Buchta teil, in der über die Fortführung und den Neuaufbau der KP-Zelle des Bahnhofes verhandelt wurde.“ Am 8. Dezember 1942 wurde Plocek wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vom Volksgerichtshof zum Tod verurteilt und am 30. März 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

1946 wurde im Eingangsbereich des Straßenbahnbetriebsbahnhofes 20., Wexstraße 13–15, eine Gedenktafel errichtet, auf der auch Plocek aufscheint.

Ernst Reuter

Am 2. Mai 1956 wurde die 1954/55 erbaute städtische Wohnhausanlage in Wien 12., Böckhgasse 6–10, in *Ernst-Reuter-Hof* benannt. Der entsprechende Hinweis findet sich im *Amtsblatt der Stadt Wien* vom 19. Mai 1956.¹⁶ Der deutsche Journalist und Politiker Ernst Reuter (1889–1953) gehörte seit 1912 der Sozialdemokratie an. Im Ersten Weltkrieg geriet er in russische Kriegsgefangenschaft und schloss sich nach der Oktoberrevolution den Bolschewiki an. Nach politischer Arbeit für die Kriegsgefangenen übernahm er die Leitung des „Wolgakommissariats für deutsche Angelegenheiten“. Als Reuter die Nachricht von der Novemberrevolution in Deutschland erreichte, kehrte er nach Berlin zurück und nahm am Gründungskongress der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) teil. In der Folge baute er die KPD in Oberschlesien und Berlin (mit) auf. 1920 wurde Reuter Vorsitzender und Erster Sekretär des Bezirks



Berlin-Brandenburg. Als Befürworter der „Märzaktion“, einem Aufstandsversuch in Mitteldeutschland im Jahr 1921, gehörte Reuter zu den Kritikern des Parteivorsitzenden Paul Levi. Im August 1921 wurde Reuter Generalsekretär, er geriet danach aber zunehmend in Opposition zur Parteiführung. Im Dezember 1921 wurde er entmachtet und im Jänner 1922 aus der KPD ausgeschlossen.

Danach machte Reuter in der SPD Karriere: 1926 wurde er Stadtrat für Verkehr in Berlin und 1931 Oberbürgermeister von Magdeburg. Nach seiner Amtsenthörung 1933 und zweimaliger Haft ging er 1935 ins Exil in die Türkei. 1946 kehrte Reuter nach Berlin zurück, wurde Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe und 1947 Oberbürgermeister (von West-Berlin). Während der Berlin-Blockade wurde er international bekannt. Reuters politische Einstellung war nach 1945 antikommunistisch. Vor diesem Hintergrund ist ein Benennungszusammenhang zum Kalten Krieg naheliegend.

Die Architekten des Ernst-Reuter-Hofes waren Franz A. Bayer (1912–1988), Anna Femböck (geb. 1918) und Friedrich Mostböck (1926–2002). Den Schmuck des Gemeindebaus bilden das Mosaikwandbild „Bildung, Arbeit und Erholung“ (1955) des Fußballers und Malers Karl Gunsam (1900–1972) sowie das Mosaikwandbild „Das gute und das böse Prinzip“ (1956) von Heinz Klima (1924–1967).

Pablo Neruda

Am 15. Jänner 1981 benannte der Gemeinderatsausschuss für Kultur und Bürgerdienst die Wohnhausanlage in Wien 18., Gersthofer Straße 125, in *Pablo-Neruda-Hof*.¹⁷ Der 1980 von den Architekten Josef Czapka (1922–2003) und Helmut Schinzel (geb. 1921) errichtete Bau liegt direkt neben der Gersthofer Kapelle. Der im Wohnbau befindliche Kindergarten ist nach Anna Freud benannt. Sehenswert ist auch das von der Künstlerin Maria Biljan-Bilger (1912–1997) stammende „Bandornament“.

Pablo Neruda (1904–1973) trat 1927 in den diplomatischen Dienst seines Heimatlandes Chile ein. 1934 ging er als Konsul nach Spanien und erlebte dort den Spanischen Bürgerkrieg. Obwohl er als Konsul zu Neutralität verpflichtet gewesen wäre, nahm er Partei für die Republik. 1936 musste er aus Madrid flüchten, zuerst nach Marseille, dann nach Paris. Mit seinen Gedichten nahm er Stellung gegen das Unrecht. 1938 kehrte Neruda nach Chile zurück, ein Jahr später organisierte er von Paris aus einen Transport von 2.000 spanischen Flüchtlingen nach Chile. 1940 bis 1943 war Neruda Generalkonsul in Mexiko. 1945 kandidierte er für den Senat und trat nach gewonnener Wahl am 8. Juli 1945 der Kommunistischen Partei Chiles bei. Nach heftigen Angriffen gegen den chilenischen Präsidenten wurde seine Immunität aufgehoben und ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Neruda tauchte unter und konnte letztlich über Argentinien nach Europa flüchten. Für ihn hatte sich auch Pablo Picasso eingesetzt. Beide erhielten 1950 den Friedenspreis des Weltfriedensrates.

Nach einem Regierungswechsel konnte Neruda 1952 nach Chile zurückkehren. 1969 wurde er als kommunistischer Präsidentschaftskandidat präsentiert, verzichtete jedoch zu Gunsten von Salvador Allende, der die Wahl auch gewann und Neruda trotz angeschlagener Gesundheit als Botschafter nach Paris entsandte. 1971 erhielt er den Literaturnobelpreis. Wenige Tage nach dem Militärputsch von Augusto Pinochet erlag Neruda seinem Krebsleiden. Sein Begräbnis wurde zum öffentlichen Protest gegen die Militärdiktatur.

Ernst Kirchweger

Seit 8. Juni 1987 heißt der Gemeindebau in Wien 10., Sonnwendgasse 24, *Ernst-Kirchweger-Hof*.¹⁸ Der kleine Gemeindebau (20 Wohneinheiten) wurde in den Jahren 1979 bis 1981 unter Architekt Reiner Wieden (geb. 1940) gebaut.

Ernst Kirchweger (1898–1965) absolvierte eine Drogistenlehre und wurde anschließend zur Kriegsmarine eingezogen. Er erlebte 1918 die Erhebung der Matrosen in Cattaro mit und kämpfte 1919 auf Seiten der ungarischen Räterepublik. Nach Wien zurückgekehrt, arbeitete Kirchweger zunächst in der Konsumgesellschaft, von 1922 bis 1925 im Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen und von 1925 bis 1937 als Schaffner der Städtischen Straßenbahnen. Von 1937 bis 1963 war er im *Compass-*

Verlag beschäftigt. Politisch engagierte sich Kirchweger in den Freien Gewerkschaften bzw. nach dem Bürgerkrieg 1934 in der illegalen Gewerkschaftsbewegung. Wie viele andere Sozialdemokraten trat er nach 1934 zur KPÖ über.¹⁹

Am 31. März 1965 nahm Ernst Kirchweger an der Großdemonstration gegen Taras Borodajkewycz, Professor an der Hochschule für Welthandel, der sich in seinen Vorlesungen antisemitisch geäußert hatte, teil. Rechtsstehende Studenten störten die Demonstration; einer von ihnen, Günther Kümel, schlug Kirchweger nieder und verletzte ihn dabei so schwer, dass er am 2. April 1965 den Folgen seiner Verletzungen erlag. Kümel wurde wegen Notwehrüberschreitung zu zehn Monaten Haft verurteilt, Borodajkewycz im Mai 1966 pensioniert. Am Begräbnis von Kirchweger nahmen Spitzenpolitiker von SPÖ und ÖVP, Vertreter von katholischer Kirche, Gewerkschaftsbund und vieler anderer Organisationen teil (insgesamt 25.000

Buchpräsentation

Donnerstag, 13. April 2023, 18.00
SOHO-Studios, **Wohnhausanlage Sand-
leiten**, Liebknechtgasse 32, 1160 Wien

TeilnehmerInnen:

Peter Autengruber/Ursula Schwarz
(AutorInnen)
Sabine Maier (Verlegerin, *Wundergarten*)
Walter Rosifka (AK Wien)
Karin Ramser (Wiener Wohnen)
Moderation: Barbara Beer (*Kurier*)



Personen). Neben dem Gemeindebau erinnert das Ernst-Kirchweger-Haus in Wien 10., Wielandgasse 2–4, an ihn. Sein Grab am Hietzinger Friedhof ist seit 2019 ehrenhalber gewidmet.

Edwin Schuster

Am 9. November 1989 wurde vom Gemeinderatsausschuss für Kultur der Gemeindebau in Wien 19., Greinergasse 36–40, in *Edwin-Schuster-Hof* benannt.²⁰ Der nach Wohneinheiten gemessene kleine Gemeindebau wurde in den Jahren 1958 bis 1960 vom Linzer Architekten Hans Steineder (1904–1976) errichtet. Der gelernte Tischler verlor 1938 sein Atelier, übersiedelte nach Wien und überlebte als Zeichner in einem Architekturbüro. 1946 konnte Steineder wieder selbständig arbeiten. 1971 wurde er mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Stadt Wien für Verdienste um den sozialen Wohnbau ausgezeichnet.

Der Eisenbahnschaffner Edwin Schuster (1888–1942) trat 1912 der Sozialdemokratie bei und engagierte sich auch gewerkschaftlich. Er leistete Widerstand im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. In der Nacht vom 23. auf 24. November 1942 wurde er wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ von der Gestapo verhaftet.²¹ In einem Aktenvermerk der Deutschen Reichsbahn heißt es: „Schuster hat durch seine Handlungsweise die ihm nach § 3 des DBG obliegenden Pflichten schwer verletzt und sich damit der Achtung und des Vertrauens, die seinem Berufe entgegengebracht werden, unwürdig gezeigt. Damit sind die Voraussetzungen für die Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens im vorliegenden Falle gegeben. Schuster ist verheiratet und hat ein versorgtes Kind.“²² Schuster wurde in das Konzentrationslager Mauthausen überstellt, wo er am 21. August 1942 umkam.²³

Obwohl die Wohnhausanlage bereits 1989 benannt wurde, erfolgte erst 2012 eine feierliche offizielle Namensgebung (*Rathauskorrespondenz*, 20.4.2012). Im Innenhof befindet sich die Natursteinplastik „Winzerin“ des Bildhauers Ernst Wenzelis (1911–1999), der Ehrenmitglied des Künstlerhauses war.

Margarete Schütte-Lihotzky

Die in den Jahren 1995 bis 1997 erbaute Wohnhausanlage in Wien 21., Donaufelder Straße 99, wurde offiziell am 27. November 2001 nach Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000) in *Margarete-Schütte-Lihotzky-Hof* benannt.²⁴ Die Wohnhausanlage wurde für die Be-

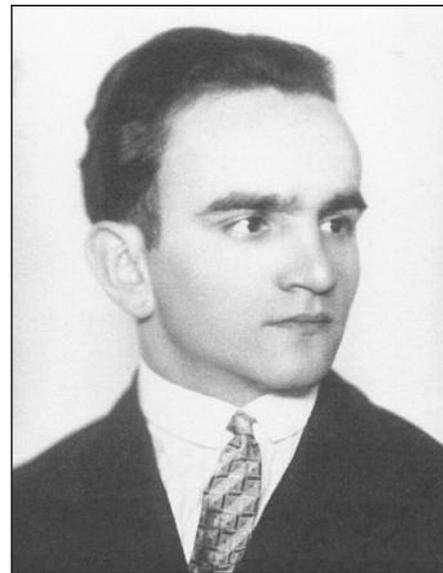
nennung bewusst ausgesucht, weil sie von zwei Architektinnen errichtet wurde: Liselotte Peretti (geb. 1951), die mit ihrem Mann Friedrich ein Architekturbüro betreibt, und der Lehrbeauftragten für Raum und Gestaltung an der Universität Stuttgart Franziska Ullmann (geb. 1950). Die Künstlerin Johanna Kandl (geb. 1954) gestaltete den Asphalt in der Wohnhausanlage (farbige bunte Flächen als Verbindung zwischen den einzelnen Bauteilen, die an die unregulierte Donau erinnern sollen).

Hinsichtlich des Benennungsdatums ist bemerkenswert, dass bereits am 18. Oktober 1997 in Anwesenheit von Schütte-Lihotzky die feierliche Eröffnung des Gemeindebaus unter ihrem Namen stattfand, die auch eine breite Resonanz in den Medien fand.²⁵ Offenbar war diese Benennung nur „inoffiziell“, zumal die obligatorische einjährige Interkalarfrist für Verkehrsflächen auch für die Benennung von Gemeindebauten angewandt wurde.²⁶

Margarete Schütte-Lihotzky war eine der ersten Architekturstudentinnen und vermutlich die erste ihren Beruf ausübende Architektin in Österreich. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete sie gemeinsam mit Adolf Loos in der Siedlerbewegung. 1926 wurde sie in das Hochbauamt in Frankfurt am Main berufen, wo sie die erste seriell hergestellte Platz sparende Küche mitentwickelte („Frankfurter Küche“). Dort lernte sie den Architekten Wilhelm Schütte (1900–1968) kennen, den sie ein Jahr später heiratete. 1930 gingen beide in die Sowjetunion, wo sie im Städtebau tätig waren. Nach Studien- und Vortragsreisen in Japan und China und einen Zwischenaufenthalt in Paris gingen beide ins Exil in die Türkei, wo sie sich 1939 der Auslandsgruppe der KPÖ anschlossen.

1940 kehrte Schütte-Lihotzky illegal nach Wien zurück, um den Widerstand der KPÖ zu unterstützen. Sie wurde im Jänner 1941 verhaftet und am 22. September 1942 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie war im Frauengefängnis Aichach in Bayern inhaftiert, wo sie im April 1945 von US-Truppen befreit wurde. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Bulgarien kehrte Schütte-Lihotzky nach Wien zurück. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges bekamen sie aus politischen Gründen nur wenige öffentliche Aufträge. Für die KPÖ planten sie das Globus-Verlagsgebäude am Höchststädtplatz in Wien-Brigittenau.

Von 1948 bis 1968 war Schütte-Lihotzky Vorsitzende des *Bundes demokrati-*



Josef Baldrmann (1903–1943)

cher Frauen. Eine breitere öffentliche Anerkennung erhielt sie erst 1980 in Form des Architekturpreises der Stadt Wien. 1993 fand im Museum für angewandte Kunst in Wien die erste Ausstellung ihres Gesamtwerks statt. Auf großes Echo stießen ihre 1985 erschienenen „Erinnerungen aus dem Widerstand“.

Die Gedenktafel am Gemeindebau stiftete die *Wohnbauvereinigung für Privatangestellte*.²⁷ An die Architektin erinnern auch der Margarete-Schütte-Lihotzky-Park in ihrem Geburtsbezirk Margareten (seit 2001) und der Margarete-Schütte-Lihotzky-Weg in Wien 11. (seit 2013). Ferner sind Verkehrsflächen in Frankfurt am Main und München nach ihr benannt.

Josef Baldrmann

Der in den Jahren 1960 bis 1962 erbaute Gemeindebau in Wien 20., Pasettistraße 9–12, wurde am 17. September 2013 nach dem Werkzeugfräser und Widerstandskämpfer Josef Baldrmann (auch Baldermann, 1903–1943) in *Josef-Baldermann-Hof* benannt. Drei Architekten waren an der Errichtung beteiligt: Rudolf Grigkar (1907–1995), Richard Jicha (1924–1982) und Josef Bayer (1889–1979).

Josef Baldrmann arbeitete in den Siemens-Werken und später in der Metallwarenfabrik Blau & Co (Wien 20., Hellwagstraße 6). Zwischendurch war er arbeitslos und verdingte sich mit Gelegenheitsjobs. 1918 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend bei, drei Jahre später der Sozialdemokratischen Partei. In seiner Freizeit betrieb Baldrmann Sport: Er war Stemmer im *Arbeiter-Athleten-Klub Nordmark* und begeisterter Bergsteiger. 1925 bezog die Familie eine Hausbesorgerwohnung im Winarskyhof.²⁸ Mit sei-



Gerda Lerner (1920–2013)

nem Arbeitskollegen Walter Schopf (1922–1943) sammelte Baldrmann Geld für Familien von Inhaftierten, verteilte Flugblätter und unterstützte den Widerstand. Am 29. Juli 1941 wurde er wegen Betätigung für die illegale KPÖ verhaftet und anschließend angeklagt. Baldrmann hatte zu diesem Zeitpunkt einen gerade erst zehn Tage alten Sohn. Am 16. Juni 1942 wurde er vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt und am 2. März 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Aus der Anklageschrift des Oberreichsanwalts: „Die Angeschuldigten [Karl] Wyt und Baldrmann, die der Bezirksleitung Wien XX der illegalen KPÖ angehörten, haben mit mehreren in großen Fabriksbetrieben gegründeten Betriebszellen in Verbindung gestanden und diese mit hochverräterischen Druckschriften beliefert [...]. Die wesentlichste Aufgabe des Angeschuldigten Baldrmann bestand in der Annahme und Weitergabe einkassierter Mitgliedsbeiträge [...]“

Von Baldrmann sind ein Tagebuch und Briefe sowie Briefe seiner Angehörigen an ihn aus der 19 Monate dauernden Haft erhalten. Sein Name ist sowohl auf einer Gedenktafel für Angehörige der tschechischen und slowakischen Minderheit in Wien 10., Leibnizgasse 10, als auch am Mahnmal für die Opfer des Widerstands der tschechischen und slowakischen Minderheit am Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 42, enthalten.²⁹

Gerda Lerner

Am 11. Juli 2016 wurde der in den Jahren 1981 bis 1983 erbaute Gemeindebau in Wien 19., Pyrkerstraße 41, nach der Pionierin der Frauenforschung Gerda Lerner in *Gerda-Lerner-Hof* benannt.

Der 18 Wohneinheiten umfassende Wohnbau wurde vom Architekten Robert Kanfer (1930–2017) geplant. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft musste Kanfer 1938 mit einem Kindertransport nach Großbritannien fliehen. Er kehrte erst 1950 wieder nach Österreich zurück. Bekannt ist er u.a. als Schöpfer der Ausstellung in Block 17 der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, die von 1978 bis 2013 in dieser Form dort bestand.

Gerda Lerner (geb. Kronstein, 1920–2013) stammte aus einer wohlhabenden jüdischen Familie. 1938 konnte sich ihr Vater nach Liechtenstein absetzen, während ihre Mutter und sie verhaftet wurden. Durch Intervention ihrer Lehrer kam sie frei und floh zu ihrem Vater, ehe sie ohne ihn in die USA emigrierte. Lerner brachte sich mit Gelegenheitsjobs durch, ehe sie Röntgenassistentin wurde. 1941 heiratete sie den Filmproduzenten Carl Lerner (1912–1973), 1943 nahm sie die US-Staatsbürgerschaft an. 1946 wurde Lerner Mitglied der Communist Party, 1949 zog das Ehepaar wegen der Kommunistenverfolgung von Los Angeles nach New York. Dort studierte sie Geschichte und promovierte im Jahr 1966 im Alter von 46 Jahren an der Columbia University.

1953 veröffentlichte der Globus-Verlag der KPÖ Lerner Roman „Es gibt keinen Abschied“ (unter dem Pseudonym „Margarete Rainer“). 1968 wurde sie Professorin und etablierte am Department of History des Sarah Lawrence College das landesweit erste Masterprogramm für Frauengeschichte. Lerner gelang es, das Frauenstudium an weiteren Universitäten einzurichten, wofür sie später zahlreiche Würdigungen erhielt. 2006 wurde ihr der Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch verliehen. Seit 2022 ist der Hörsaal 41 im Hauptgebäude der Wiener Universität nach Gerda Lerner benannt.

Friedl Dicker-Brandeis

Am 19. Oktober 2016 erhielt der kleine Gemeindebau in Wien 9., Althanstraße 33 (17 Wohneinheiten), den Namen *Friedl-Dicker-Brandeis-Hof*. Er wurde 1957 vom Architekten Franz Kahrer (1900–1970) geplant.

Friederike Dicker (1898–1944) wuchs in einem bürgerlich-jüdischen Elternhaus auf.³¹ Von 1912 bis 1914 absolvierte sie eine Lehre in Fotografie und Reproduktionstechnik an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien, 1914 bis 1916 besuchte sie die Textilklass der Kunstgewerbeschule Wien, an-

schließend studierte sie an der privaten Kunstschule von Johannes Itten (1888–1967). Nach weiteren Studien in Wien (1916–1919) und Studien am Bauhaus in Weimar (bis 1923) arbeitete Dicker als Malerin, Designerin und Innenarchitektin. Für Theater in Berlin und Dresden entwarf sie Kostüme und Bühnenbilder. Von 1926 bis 1931 führte sie mit ihrem Studienkollegen Franz Singer (1896–1954) das Atelier Singer-Dicker in Wien. Unter anderem stifteten sie den Kindergarten im Goethehof aus.

1931 trat Dicker der KPÖ bei, von 1934 bis 1936 war sie wegen Aufhängens einer Passfälscherwerkstatt in Haft. Nach ihrer Entlassung emigrierte sie nach Prag und heiratete ihren Cousin Pavel Brandeis (1936). Gemeinsam mit ihrer ehemaligen Bauhaus-Kollegin Grete Bauer-Fröhlich setzten sie dort ihre künstlerischen und innenarchitektonischen Arbeiten fort.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht zogen sie ins Dorf Hronov und arbeiteten in der Textilfabrik B. Spiegler & Söhne. Im Dezember 1942 wurde das Ehepaar verhaftet und in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Friedl Dicker-Brandeis organisierte dort Zeichenkurse für Kinder (die Kinderzeichnungen überdauerten in einem Koffer). 1944 wurde das Ehepaar nach Auschwitz überstellt, wo Friedl Dicker-Brandeis am 9. Oktober 1944 ermordet wurde. Ihr Mann Pavel überlebte den Holocaust. Seit 2022 erinnert auch die Friedl-Dicker-Brandeis-Promenade im 2. Wiener Gemeindebezirk an sie.

Hans Landauer

Der bereits vor dem Ersten Weltkrieg unter Baumeister Rudolf Reichelt (gest. 1911) errichtete Wohnbau in 2., Schützelstraße 71, wurde 2020 in *Hans-Landauer-Hof* benannt. Der aus Oberwaltersdorf stammende Hans Landauer (1921–2014) stammte aus einer sozialdemokratischen Familie und war bei den Kinderfreunden und *Roten Falken* aktiv. Als 16-Jähriger nahm er ab 1937 am Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republik teil.³¹ Am 4. September 1937 wurde er nahe Saragossa verwundet. Am 9. Februar 1939 flüchtete er nach Frankreich, wo er in verschiedenen Lagern interniert wurde. 1940 wurde Landauer in Paris verhaftet, ins Polizeigefangenenhaus nach Wien überstellt und anschließend ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert.

Nach der Befreiung Österreichs arbeitete Landauer als Kriminalbeamter und



Friedl Dicker-Brandeis (1898–1944)

war an der Aufklärung von NS-Verbrechen beteiligt. Später hielt er sich im Auftrag der UNO in Zypern auf, deckte dort Neo-Naziuntätigkeiten im Österreichkontingent auf und wurde zurückgerufen, was er als „Disziplinierung des Zeugen und nicht des Täters“ bezeichnete. Anschließend arbeitete er als Sicherheitsbeamter an der österreichischen Botschaft in Beirut. Aus der KPÖ war Landauer bereits 1949 – im Zuge des „Kominform-Konflikts“ zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion – ausgetreten.

Nach seiner Pensionierung wurde Landauer 1983 ehrenamtlicher Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und baute dort das „Spanienarchiv“ auf. 1991 wurde Landauer Obmann der *Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik*. Auf Basis seiner jahrelangen Recherchen veröffentlichte er 2002 gemeinsam mit Erich Hackl das „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer“. Hans Landauer wohnte mit seiner Frau in der Halmgasse, einige Gehminuten vom nach ihm benannten Gemeindebau entfernt. Der Hans-Landauer-Hof wurde mittlerweile einer der Gemeinde Wien gehörenden Gesellschaft übertragen und ist heute kein Gemeindebau mehr.

Richard Wadani

Der in den Jahren 1979 bis 1981 errichtete Gemeindebau in Wien 11., Kaiserebersdorfer Straße 12–18, wurde im Jahr 2022 nach dem Widerstandskämpfer Richard Wadani (1922–2020) in *Richard-Wadani-Hof* benannt. Die Initiative hierzu ging von den Grünen aus, insbesondere von Gemeinderat Nikolaus Kunrath.

Wadani (eigentlich Wedenig) wuchs in einem sozialdemokratischen Elternhaus in Prag auf. 1935 trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei, 1938 ging er mit seiner Familie nach Wien. 1939 wurde Wadani zur Wehrmacht einberufen und war ab 1941 Kraftfahrer an der Ostfront. Nach seiner Versetzung an der Westfront gelang ihm 1944 die Desertion; ein Fluchtversuch war bereits 1942 gescheitert. Im Rahmen der britischen Armee kämpfte er in der tschechoslowakischen Freiwilligentruppe.

Nach dem Krieg kehrte Wadani in die Tschechoslowakei und anschließend nach Wien zurück. Er arbeitete innerhalb der USIA, in der *Freien Österreichischen Jugend* und später als Chauffeur beim Globus-Verlag. Nach einer Ausbildung zum Sportlehrer engagierte sich Wadani im Sportwesen der KPÖ, war Lehrbeauftragter an der Bundeslehranstalt für Leibesübungen (bis 1984) sowie Bundestrainer im Volleyballverband. 1970 trat er aus der KPÖ aus.³²

Wadani musste erleben, dass das Nachkriegsösterreich für Wehrmachtsdeserteure und Kriegsdienstverweigerer wenig Verständnis hatte. Dieser Akt des Widerstands wurde nicht gewürdigt. Um diese vergessene Opfergruppe sichtbar zu machen, gründete er 2002 das Personenkomitee *Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz*. Wadani trat als Redner bei Kundgebungen sowie als Zeitzeuge in Schulen und Universitäten auf. Er war auch Initiator des Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz. Wadani erreichte, dass diese Personengruppe in das Versorgungs- und Entschädigungsrecht aufgenommen wurde. Mit dem Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2009 wurden Deserteure und Kriegsdienstverweigerer endgültig als Widerstandskämpfer anerkannt.

Anmerkungen:

- 1/ Neue Wiener Straßennamen, in: *Amtsblatt der Stadt Wien*, Nr. 16, 23.2.1949, S. 4.
- 2/ Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), M.Abt. 7–570 und 571/49, Zl. 18 und 19/49. In den jeweiligen Akten finden sich nur Kopien aus dem Amtsblatt vom 23. und 26.2.1949.
- 3/ Alle Daten und Details der Gemeindebauten nach Peter Autengruber/Ursula Schwarz: *Lexikon der Wiener Gemeindebauten*. Namen, Denkmäler, Sehenswürdigkeiten. Wien: Wundergarten 2023 (2. Auflage).
- 4/ www.klahrgesellschaft.at/KaempferInnen/Schuster.html [1.1.2023].
- 5/ DÖW 8131, Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft Wien, 15.10.1941.
- 6/ DÖW 8131, Urteil des Oberlandesgerichts

Wien, 23.4.1942, S. 2.

7/ DÖW 10968, Urteil des Volksgerichtshofs gegen Matthias Gall, 8.12.1942.

8/ Vgl. Heinz Arnberger/Herbert Exenberger/Claudia Kuretsidis-Haider: *Gedenken und Mahnen in Wien, in: Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation*, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998, S. 187.

9/ www.klahrgesellschaft.at/KaempferInnen/Grossmann.html [1.1.2023].

10/ *Gedenken und Mahnen*, S. 421.

11/ Ebd., S. 334.

12/ Ebd., S. 217.

13/ Ebd., S. 163.

14/ Ehrung des Freiheitskämpfers Mithlinger, in: *Neues Österreich*, 4.8.1945, S. 3.

15/ *Gedenken und Mahnen*, S. 230f.

16/ WStLA, M. Abt. 7–1862/56, Zl. 125/56.

17/ *Amtsblatt der Stadt Wien*, Nr. 15, 9.4.1981, S. 18. Die im WStLA vorliegenden Akten (Zl. 2/81) sind Kopien aus dem Amtsblatt mit einer Lageskizze. Weitere Informationen über die Hintergründe der Benennung sind nicht vorhanden.

18/ *Amtsblatt der Stadt Wien*, Nr. 30, 23.7.1987, sowie Magistratsakte MA 7, Zl. 283/87.

19/ Manfred Mugrauer: Ernst Kirchwegger (1898–1965). Eine biographische Skizze, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 2, S. 1–8.

20/ *Amtsblatt der Stadt Wien*, Nr. 6, 8.2.1990, S. 17; Magistratsakte MA 7, Zl. 366/89.

21/ DÖW, Tagesbericht der Gestapo Wien, 24./25.2.1942.

22/ DÖW 20000/S1000, Aktenvermerk der Reichsbahndirektion Wien, 11.3.1942.

23/ *Gedenken und Mahnen*, S. 283f. und 386.

24/ Eine Magistratsakte konnte auf Grund der geltenden Archivsperrung nicht eingesehen werden. Das gilt auch für alle im Folgenden beschriebenen neu benannten Gemeindebauten.

25/ Vgl. *Gedenken und Mahnen*, S. 423.

26/ Die bis dahin geltende dreijährige Interkalarfrist war 1989 auf ein Jahr festgelegt worden. Vgl. *Amtsblatt der Stadt Wien*, Nr. 6, 8.2.1990, S. 17.

27/ *Gedenken und Mahnen*, S. 422f.

28/ Marianne Enigl: *Baldermann, Wien 1903 – Berlin/Plötensee 1943. Eine Arbeitergeschichte im Roten Wien*. Wien 2017, S. 11, 19 und 43.

29/ *Gedenken und Mahnen*, S. 218f. und 267.

30/ Hemma Schmutz/Brigitte Reutner-Doneus (Hg): *Friedl Dicker-Brandeis. Bauhaus-Schülerin, Avantgarde-Malerin, Kunstpädagogin*. München 2022.

31/ Hans Landauer/Erich Hackl: *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939*. Wien 2008, S. 147.

32/ Lisa Rettl/Magnus Koch: „Da habe ich gesprochen als Deserteur.“ Richard Wadani. Eine politische Biografie. Wien 2015.

Die Dissertation von Alfred Klahr aus dem Jahr 1928

ALFRED J. NOLL

Der 1904 nahe dem Prater in Wien geborene Alfred Klahr¹ muss ein hoch begabtes Kind gewesen sein; nicht nur wurde ihm von seinem Vater, der insgesamt fünf Kinder zu versorgen hatte, der Besuch der Mittelschule gestattet (damals eher eine Seltenheit für Kinder aus ärmlichen Verhältnissen) – er maturierte sodann, längst schon Mitglied im Kommunistischen Jugendverband (KJV), im Jahr 1923 mit Auszeichnung. Im Jahr 1924 fing er an der Universität Wien an Rechts- und Staatswissenschaften zu studieren – ein Fach, das damals einige Kommunistinnen und Kommunisten anzog: Kurz vor Alfred Klahr hatte Hilde Oppenheim, nachmalige Kopleinig (1904–2002), bei Hans Kelsen und Max Adler „Über die staatsrechtliche Regelung der Bauernfrage in der Französischen Revolution“ dissertiert; kurz danach, im Jahr 1929, promovierte Albert Fuchs (1905–1946)² bei Kelsen über „Rechtsgeltung“, und Hugo Huppert (1902–1982) hatte schon 1925 seine Promotionsurkunde von Kelsen erhalten, nachdem er eine Dissertation zum Thema „Majoritätsprinzip und Klassengesellschaft“ verfasst hatte – und fast gleichzeitig mit Alfred Klahr promovierte auch die Kommunistin Genia (Lande) Quittner (1906–1989) im Sommer 1928 mit ihrer Arbeit „Öffentlich-rechtliche Probleme des österreichischen Arbeitsrechts“ bei Kelsen.

Am 17. Juli 1928 erhielt nun also auch Alfred Klahr seine Urkunde. Die Prüfungen hatte er mit Auszeichnung abgelegt, und im Gutachten zur Dissertation urteilte sein Doktorvater Adolf Merkl (1890–1970) Anfang Mai 1928: „Die Dissertation ist gründlich und verständnisvoll gearbeitet, verrät ungewöhnlich guten juristischen und politischen Blick und ist zur Gänze publikationsreif. Ich beurteile sie als sehr gut.“³

Reaktionäre innenpolitische Entwicklung

Bevor wir uns dem Thema der von Alfred Klahr verfassten Dissertation und ihrem Inhalt widmen, seien kurz einige Merkmale in Erinnerung gerufen: Nach der blutigen Niederschlagung der Wiener Arbeiterinnen und Arbeiter am 15. Juli 1927 verschärfte Ignaz Seipel seinen reaktionären Kurs: Schlag auf Schlag wurde gegen die politischen und

wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter geführt, die demokratischen Freiheiten wurden immer mehr eingeschränkt; als Stoßtrupp dieser Politik setzte Seipel bekanntlich die Heimwehr ein – Provokationen und Arbeitermorde häuften sich. Schon die Wahlen vom 21. April 1927 hatten im bürgerlichen Lager „die Neigung (verstärkt), sich von demokratischen Grundsätzen zu entfernen und autoritär-faschistische Methoden noch stärker in Erwägung zu ziehen“, und der 15. Juli 1927 war dann zugleich „die Selbstenthüllung des sich demokratisch gebärdenden Bürgertums und jener Tag, an dem sich die Schwäche des Austromarxismus am deutlichsten zeigte“.⁴

Ein kommunistischer Aktivist wie Alfred Klahr sah sich in dieser Zeit vor eine mehrfache Aufgabe gestellt: Einerseits musste das ständige Zurückweichen der sozialdemokratischen Parteiführung und deren Kapitulation in jeder einzelnen Frage reflektiert werden: Zeigte sich hier nicht, dass die Sozialdemokratie den Weg zur Errichtung einer Diktatur freilegte? Andererseits war aber zu bedenken, dass die Kommunistische Partei viel zu schwach war, die Massen der österreichischen Arbeiterschaft von der absehbaren Kapitulationspolitik der SP-Führung loszureißen. Im übrigen galt es konkret (und über die nächtlichen Plakataktionen und Diskussion hinaus) Widerstand zu leisten, da die Heimwehr ihren Angriff gegen die Arbeiterschaft an zwei Fronten entwickelte: Sie versuchte durch offenen Druck der Unternehmer in die Betriebe einzudringen und durch provokatorische Aufmärsche, die mit Gewalttaten und Überfällen verbunden waren, die Straßen in den Arbeiterzentren Österreichs zu erobern.

Gerade im Frühjahr 1928, als Alfred Klahr seine Dissertation fertigstellte und die letzten Prüfungen an der Universität Wien absolvierte, setzte vor allem im obersteirischen Industriegebiet, in den Betrieben der Alpine Montan (die dann ab 1932/33 die NSDAP finanziell und organisatorisch unterstützte), ein hemmungsloser Heimwehr-Terror ein: Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterinnen und Arbeiter wurden entlassen und an ihrer Stelle Heimwehrleute eingestellt; Direktoren, Ingenieure und Werkmeister sorgten als Heimwehrkommandanten dafür, dass ihre Betriebe

und ihre Abteilungen zu festen Stützpunkten der Heimwehr wurden; als Gegenorganisation gegen die Freien Gewerkschaften wurde unter dem Namen *Unabhängige Gewerkschaften* eine Unternehmer-„Gewerkschaft“ gegründet. Die Arbeiterschaft setzte sich zur Wehr; es kam zu Streikaktionen, von denen der Streik der Hüttenberger Bergarbeiter im Frühjahr 1928 der bedeutendste war, jedoch fiel die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Streikenden in den Rücken⁵ – worauf sich der faschistische Terror in den Betrieben verschärfte. Ermuntert durch diesen Erfolg setzten in der Steiermark, in Kärnten und Tirol provokatorische Heimwehraufmärsche und Überfälle auf Arbeiterheime und Versammlungen ein, und die Führer der Heimwehr verkündeten (nach dem Muster von Mussolinis „Marsch of Rom“) den „Marsch auf Wien“,⁶ ohne dass derartige Heimwehraufmärsche im Sommer 1928 in Gloggnitz und Aspang von Seiten der sozialdemokratischen Parteiführung den geringsten Widerstand gefunden hätten. Vor diesem Hintergrund fanden dann die Diskussionen über eine Novelle des demokratischen Bundesverfassungsgesetzes 1920⁷ statt, die schließlich – durch Seipels versteckte Drohung gegenüber der Sozialdemokratie, die Heimwehr putschen zu lassen, wenn die SDAP ihre Zustimmung zur anti-parlamentarischen Verfassungsnovelle verweigere – zur B-VG-Novelle 1929 führten: Ausdrücklich als anti-parlamentarische Korrektur einer „reinen Parlamentsdemokratie“ gedacht, erhöhte diese Novelle die Macht der Exekutive gegenüber dem Parlament und folgte damit einer europaweiten Tendenz zu Autoritarismus und parlamentsferner Herrschaft der Exekutive.⁸

Verhältnis von Parlament und Regierung

Genau an dieser Nahtstelle der Organisation politischer Herrschaft war nun Alfred Klahr's Dissertation angesiedelt. Sie nahm sich „Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Republiken“ zum Thema.⁹ Geben wir zunächst eine kursorische Inhaltsübersicht der Arbeit:

Die Dissertation gliedert sich zunächst in zwei Teile: Im ersten „Allgemeinen Teil“, der gut drei Fünftel der Arbeit um-

fasst, werden zunächst in drei Kapiteln die „Typischen Bestimmungen des Begriffes der parlamentarischen Regierung“ (S. 5 bis 52), einige „Versuche der Begründung eines Begriffes der parlamentarischen Regierung“ (S. 53 bis 79) und schließlich verschiedene „Ausdrucksformen der Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative“ (S. 80 bis 127) skizziert; sodann werden in einem zweiten „Besonderen Teil“ die verschiedenen empirischen Ausprägungen des „Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung nach positivem Recht“ am Beispiel des Deutschen Reichs (S. 128 bis 144), Frankreichs (S. 145 bis 166), Österreichs (S. 167 bis 182) und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (S. 183 bis 202) behandelt. Eine ausdrückliche Zusammenfassung oder Präsentation der Arbeitsergebnisse fehlt, jedoch dürfen wir die auf den beiden letzten Seiten gegebene Kritik an Fritz Fleiner als eine Art leitendes Vorverständnis der gesamten Arbeit werten: „Wenn schließlich *Fleiner* [...] ins Treffen führt, dass die Organe der Verwaltung ‚in der Eidgenossenschaft die wirkliche Macht in Händen‘ haben, so möchten wir darauf aufmerksam machen, dass dies nicht nur in der Eidgenossenschaft so zu sein pflegt und die Schweizer Regierung sich gerade in diesem Punkt in nichts unterscheidet z.B. von der österreichischen oder französischen Regierung, denn nicht nur ‚in der Eidgenossenschaft‘ trifft es zu, ‚dass das ununterbrochen in den Geschäften stehende Regierungsorgan politisch einen Vorsprung besitzt gegenüber einer vielköpfigen, mit Unterbrechungen arbeitenden Volksvertretung, die den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung ferne steht‘. Da dies aber überall so ist, im gewaltentrennenden wie im gewaltverbindenden Staat, in Amerika wie im alten Deutschland, in Österreich wie in der Schweiz, so kann aus dieser Feststellung, weil nicht charakteristisch für Schweizer Verhältnisse, für das in Frage stehende Verhältnis zwischen Regierung und Parlament in der Schweiz nichts abgeleitet werden.“ Schon aus dieser knappen Einschätzung wird deutlich, dass Alfred Klahr dem Gerede über die in der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie garantiert zum Ausdruck kommende Volkssouveränität mit gehöriger Skepsis gegenüberstand.

Ohne allzu sehr ins rechtswissenschaftliche und staatsrechtliche Detail zu gehen, scheinen mir die folgenden drei Aspekte der Dissertation von Alfred Klahr bemerkenswert:

a) Klahr hält als Zwischenresümee im ersten Teil seiner Arbeit fest: „Unsere bisherige Analyse hat uns in einem gewissen Maße einen Blick in die Willkür der Begriffsbestimmungen werfen lassen“ (S. 54). Dem setzt er nach entsprechender Rundschau entgegen: „Angesichts der neuen verfassungsgeschichtlichen Erfahrung, die uns die Nachkriegszeit brachte und die verwertet werden muss, scheint es uns [...] richtig, als ‚parlamentarisch‘ zu bezeichnen ein Regierungssystem auf der Stufe der Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, die in verschiedenen Formen zum Ausdruck kommt.“ (S. 72) Dazu hat schon Adolf Merkl als Gutachter notiert, dass diese neutrale Bestimmung „zwar sachlich unanfechtbar (ist), aber auch nicht originell“.¹⁰ Klahr selbst mag sehr konkrete Vorstellungen davon gehabt haben, dass die Beobachtung des Verfassungsrechts nur unter dem Gesichtspunkt der politischen Dynamik bewerkstelligt werden können – ausdrücklich zitiert er Hoffmann mit den Worten, dass dies geschehen müsse „unter Berücksichtigung politischer *Machtmöglichkeiten*“ (S. 79) –, er selbst aber macht sich nicht daran, diesen Weg dann zu beschreiten, anders gesagt: Klahr kümmert sich im Großen und Ganzen nicht um die doch von ihm selbst apostrophierten „*verfassungsgeschichtlichen Erfahrungen*“ und die konkreten „*politischen Machtmöglichkeiten*“ und deren gesellschaftliche Grundlagen in den von ihm dann untersuchten Ländern und Verfassungen.

b) Anlässlich der Behandlung Frankreichs hält Klahr zwar ganz richtig fest, „dass das Verfassungsleben eines Staates nicht allein durch den Verfassungstext bestimmt wird“ und „dass eine juristische Betrachtung allein zur Klarstellung des Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung nicht genügt“ (S. 145) – in der weitwendigen Darstellung der französischen Verhältnisse (und auch sonst) beschränkt sich Klahr dann aber dennoch weitgehend auf die bloße Wiedergabe der verfassungsrechtlichen Bestimmungen. Dies resultiert aus dem Ansatz von Klahr, wonach die Regierungsformen zwar „vom Gesichtspunkt des Kräfteverhältnisses, des politischen Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative“ zu betrachten seien, dass er aber unter dem „Begriff des Kräfteverhältnisses“ lediglich die „Bezeichnung der Gesamtheit der das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive regelnden Bestimmungen“ versteht (S. 62); daraus folgt dann aber auch, dass er auf



Alfred Klahr (1904–1944)

die Frage: „Welches sind die möglichsten Arten des Kräfteverhältnisses zwischen Exekutive und Legislative?“ (S. 63), keine materialistische, sondern nur eine auf die Wiedergebe des positiven Rechts beschränkte Antwort geben kann: „Der Begriff des Kräfteverhältnisses bezeichnet die Resultante des Inhaltes, der die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament regelnden Normen. Die gleiche Resultante kann aber durch das Zusammenwirken verschiedener Komponenten entstehen, das Abhängigkeitsverhältnis durch verschiedene rechtliche Normierungen zustande, d.h. in verschiedenen Formen zum Ausdruck kommen.“ (S. 72f.)¹¹ In dieser „Beschränkung“ des Analysehorizonts liegen die Vorzüge und zugleich Defizite der Dissertation von Klahr.¹²

c) Die im zweiten Teil der Arbeit unternommene (rechtsvergleichende) Darstellung der jeweiligen Verfassungslage im Deutschen Reich, in Frankreich, Österreich und der Schweiz ist überaus instruktiv. Fürs Deutsche Reich hält Klahr prägnant fest, dass die parlamentarische Minderheit „der gemeinsamen Sabotage von Mehrheit und Regierung nur kraftlosen Protest entgegensetzen (kann)“ (S. 133), dass die Reichsverfassung insgesamt „eine ganz schwache, an ein Gleichgewicht grenzende Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative konstituiert, ein Verhältnis, das man auch ein ‚schwankendes Gleichgewicht‘ bezeichnen könnte“ (S. 144), und dass aus mancherlei zeitgenössischen Kommentaren zur Reichsverfassung „die Ideologie der konst. Monarchie [...] entgegenzönt, jene Ideologie, die von der ‚schiedrichterlichen Stellung des Monarchen zwischen den Volksgruppen [...] er-



Adolf Merkl (1890–1970)

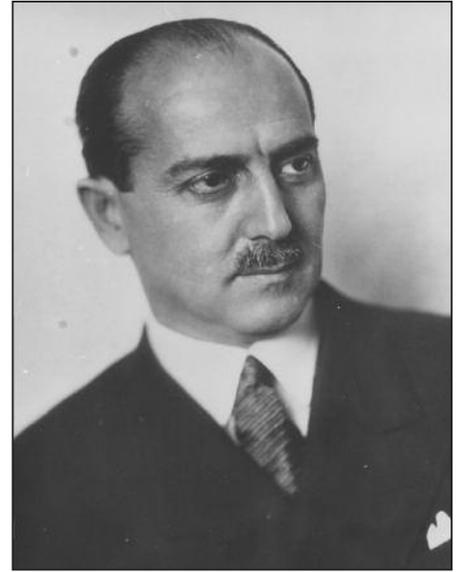
zählt“ (S. 142f.).¹³ Für Frankreich hält Klahr fest, dass die Stabilität der Regierung weniger von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament, als vielmehr von der dort herrschenden „Besonderheit der Parteibildung, die nur lose Gruppierungen kennt“ (S. 165) bestimmt wird; die Rede von der „Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative“ (S. 167) in der *Dritten Republik* (1870 bis 1940) ist freilich durch die Verfassungen der *Vierten* und *Fünften Republik* (vom 28. Oktober 1946 bzw. vom 4. Oktober 1958) gänzlich obsolet geworden. Für die österreichische Verfassung (Bundes-Verfassungsgesetz von 1920) hält Klahr richtig fest, dass diese „ein Verhältnis der Abhängigkeit der Regierung vom Parlamente (schafft), das weit über die Vorstellungen hinausgeht, die uns die bisher besprochenen Verfassungen geben“ (S. 167); dabei sei es eben „ein grundlegender Zug der österreichischen Verfassung, dass alle obersten Exekutivorgane [...] von entsprechenden Vertretungskörpern gewählt werden“ (S. 172). Bemerkenswert ist Klahrs ausdrückliche Feststellung, dass sich beim so genannten „Staatsoberhaupt“ ein kategorischer Wandel zeige: War es ehemals jenes Organ, das den Staat in Bewegung setzte und erhielt, so habe die österreichische Verfassung dies Sache umgekehrt: „Der Bundespräsident ist eine tote Gestalt, die in Bewegung gesetzt wird von der (Bundesregierung), die nicht nur unter der Kontrolle und der direkten Mitwirkung des Nationalrates tätig, sondern geradezu dessen Geschöpf ist“ (S. 175)¹⁴ – der durch das B-VG 1920 normierte Parlamentarismus in Österreich habe eine ganz eindeutige Situation geschaffen, wonach „der (Nationalrat) die zen-

trale Figur der österreichischen Bundesverfassung darstellt“ und in „ihm die Fäden der gesamten Staatstätigkeit zusammenlaufen“ (S. 179f.). Auf ganz andere Art würde die Schweizer Verfassung das Kräfteverhältnis konstituieren: Generell sei die gesamte Tätigkeit der Regierung in der Schweiz im allgemeinen so abhängig vom Parlamentswillen, dass ein Regierungsmitglied nur die Wahl habe, „sich allen Anordnungen der (Bundesversammlung) zu fügen, oder vom Schauplatz seiner Tätigkeit zu verschwinden, zu demissionieren“ (S. 201).

In diesem besonderen Teil zeigt Klahr Ansätze einer Rechtsvergleichung, die sich sowohl um die prägnante Darstellung der jeweiligen Besonderheiten bemüht, als auch die „verbindenden Elemente“ zwischen den einzelnen Verfassungsordnungen darzustellen versucht. Freilich ist diesem Unternehmen aufgrund des eher bescheidenen kategorischen Analyseapparats nicht völliger Erfolg beschieden.¹⁵ Klahrs Darstellungen zeugen von Fleiß und vom Vermögen, komplexe Verfassungsgreislagen plastisch zur Darstellung zu bringen – die von Klahr aber ganz richtig festgehaltene Maxime, wonach „das Verfassungsleben eines Staates nicht allein durch den Verfassungstext bestimmt wird“ (S. 145), dient hier aber nur ganz vorsichtig oder auch gar nicht als Richtschnur der Analyse.

Staatstheoretischer Qualifikationsnachweis

Was also ist die eigentliche Aussage der Dissertation von Alfred Klahr? Wo und wie ist sie einzuordnen, und worin liegt ihre wissenschaftliche und politische Bedeutung? Gewiss ist die Dissertation von Alfred Klahr keine revolutionäre Streitschrift. Sie ist noch nicht einmal eine marxistische Einlassung zum Thema; überdeutlich tritt vielmehr zu Tage, dass Klahr jegliche Bezugnahme auf die bis dahin erschienene marxistische Literatur zur Rechts- und Staatstheorie *generell unterlassen* hat.¹⁶ Klahr hält in seiner Dissertation lediglich fest, dass es für die Organisation des Verhältnisses von Legislative und Exekutive mehrere Möglichkeiten gebe – und dass das konkrete „Kräfteverhältnis“ zwischen diesen beiden Organen sich aus der Summe der sich darauf beziehenden Normen (als „Resultante“) ergibt; erst ein „umfassender Blick“ erlaube also eine Einschätzung, und vor diesem Hintergrund sei dann auch zu beurteilen, in welchem Umfang die einzelnen Kompetenzen



Hans Kelsen (1881–1973)

(etwa das Budgetrecht, die Ernennung und Abberufung von Ministern, die Kontrollrechte etc.) dieses „Kräfteverhältnis“ ausgestalten. Völlig richtig hält Klahr fest: „Wird ein einzelnes Merkmal als Kriterium der Regierungsform angesehen, so kann es dazu kommen, dass verschiedene Verfassungen wohl *dieses* Merkmal gemeinsam haben, dass aber einzelne Verfassungen noch andere Bestimmungen aufweisen, die dem Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative eine ganz andere Richtung geben, als die ist, die auf Grund des für wesentlich erklärten Merkmals zustande kommt“ (S. 56).

Die Dissertation des damals 24-Jährigen (!) ist ein insgesamt redlicher und sauberer staatstheoretischer Qualifikationsnachweis; die Arbeit entspricht den akademisch-bürgerlichen Vorstellungen der damaligen Zeit, sie geht nicht darüber hinaus, sie geht keinerlei (politisches) Risiko ein. Allerdings verfällt Klahr auch niemals in einen opportunistisch-anpasslerischen Jargon. Er hält Distanz und bleibt durchgehend sachlich. Die an ganz wenigen Stellen des Werkes erkennbare Ideologiekritik an der „juristischen Weltanschauung“ bewegt sich sehr diszipliniert in dem Rahmen, den Hans Kelsens „Reine Rechtslehre“ vorgegeben hat¹⁷ (insbesondere bei der Kritik an einer unbedachten Übernahme einer „Gewaltenteilungslehre“), geht aber nicht darüber hinaus. Für uns Heutige muss es ausreichend sein, Klahrs damalige Einschätzung zu akzeptieren: Er hielt es für notwendig, seine Promotion auf diese „formelle“ Art zu erreichen, während er doch gleichzeitig als überaus aktives Mitglied sowohl der KJV-Bezirksgruppe Leopoldstadt als auch der sehr aktiven kommunistischen Studen-

tengruppe (KOSTUFRA) als Kommunist täglich (und auch nächstens) politisch agierte.

Selbstverständlich könnten wir uns aus heutiger Sicht aus der Feder von Alfred Klahr eine marxistische Abhandlung zu dem von ihm gewählten Thema wünschen. Das Verhältnis von Parlament und Regierung war prekär die gesamte Erste Republik über, und gewiss hatte Klahr seine eigenen Vorstellungen dazu. Allein, für die Form und den Inhalt akademischer Qualifizierungsarbeiten gilt seit jeher, dass sie „notwendigerweise die Merkmale der Bedingungen (tragen), unter denen sie entstanden sind“.¹⁸ Wenn wir also danach fragen, was uns Alfred Klahrs Dissertation heute „bedeutet“, dann ist es wenig zweckmäßig, bloß danach zu fragen, ob sich darin ein Stück marxistischer Wissenschaft verbirgt (das tut es nicht). Sehr viel ergiebiger dürfte es sein, am Beispiel von Alfred Klahr zu untersuchen, was geschieht, „wenn die Angehörigen der beherrschten Klassen verstreut als einzelne in die [Bildung]-Konkurrenz eintreten [...]“. Denn das ist dann die Form des Klassenkampfes, die ihnen die herrschende Klasse aufgezungen hat.¹⁹ Anders gesagt: Den Kommunisten der Ersten Republik war durchaus bewusst, dass der im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb erworbene Titel von Rechts wegen eine Qualifikation verbürgte (und zwar ganz gleichgültig, ob dem eine tatsächliche Qualifikation entspricht). Der Witz, wenn man so will, besteht darin, dass sich die zeitliche Geltungsdauer des einmal erworbenen Titels nicht danach richtet, wie lange die erworbene Qualifikation vorhält – der akademische Titel „Dr.“ verschleiert das Veralten der Befähigung, „der Titel (wird) ein für allemal erworben und folgt dem Individuum sein ganzes Leben hindurch“.²⁰ Die einmal erworbenen formalen Bildungszertifikate erhalten ihre Kraft in der hegemonialen Auseinandersetzung durch „das soziale Kapital, mit dem diese ausgestattet sind und das sie kraft ihres sozialen Sonderstatus auf sich vereinigen“, oder anders gesagt: es geht darum, die „vom Titel verliehenen Machtchancen“²¹ im Klassenkampf dann nutzen zu können. Ob und in welchem Umfang dies dann möglich ist, hat kaum etwas damit zu tun, wie der betreffende Titel erworben wurde, es reicht hin, wenn er im üblichen Umfang „anerkannt“ wird. Ein „Herr Doktor“ genoss in der Ersten Republik jedenfalls ungleich mehr Respekt und Ansehen als jeder Nicht-Akademiker.



<u>Inhaltsverzeichnis.</u>	
Einleitung	3 1
I. Allgemeiner Teil.	
1. Kapitel: Typische Bestimmungen des Begriffes der parlamentarischen Regierung.	
A) Enebach-Rohm (Die Zusammensetzung der Regierung als Begriffsmerkmal)	5
B) Jellinek-Pilloy (Die parlamentarische Konzeption)	18
C) Redlob (Die Lehre von „Gleichgewicht der Gewalten“)	26
D) Fahlbeck (Historische Betrachtungsweise)	44
2. Kapitel: Versuch der Begründung eines Begriffes der parlamentarischen Regierung	56
3. Kapitel: Ausdrucksformen der Abhängigkeit der Exekutive von der Legislative. Die Rolle der parlamentarischen Minderheit.	
a) Bestimmung der Exekutive (Staatsoberhaupt, Minister)	80
b) Die politische Verantwortlichkeit der Minister. – Mittel der politischen Kontrolle der parl. Minderheit.	93
c) Das parlamentarische Selbstverwaltungsrecht	110
d) Das Budgetrecht	121
II. Besonderer Teil: Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung nach positivem Recht.	
1. Kapitel: Das Deutsche Reich	128
2. Kapitel: Frankreich	145
3. Kapitel: Österreich	167
4. Kapitel: Die schweizerische Eidgenossenschaft	183
Literaturverzeichnis	I

Titelblatt und Inhaltsverzeichnis der Dissertation von Alfred Klahr: Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Republiken (1928)

Seit jeher ist ein Problem der Arbeiterklasse, dass sie sich trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten um die Herausbildung seiner organischen Intellektuellen bemühen muss; diese sollen als ein Gegengewicht gegen die organischen Intellektuellen der herrschenden Klasse die subalternen Klassen vor der Gefahr schützen, in historischen Krisenmomenten allein und ohne Möglichkeit der Einflussnahme gelassen zu werden. Freilich: „Das Proletariat ist als Klasse arm an organisatorischen Elementen, es hat keine eigene intellektuelle Schicht und kann diese nur ganz langsam, ganz mühsam heranbilden“, schrieb Antonio Gramsci.²² Wir müssen die staatsrechtlichen Dissertationen von Alfred Klahr, Albert Fuchs, Hugo Huppert oder von Genia Quittner in der Ersten Republik verstehen als eminente Bemühungen in diesem Sinne. Wir wissen aus der Geschichte (aber auch aus unseren alltäglichen Beobachtungen), „dass die Intellektuellen, auch die, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen, [...] dazu neigen, Kultur und Schulausbildung als ein Instrument des sozialen Aufstiegs zu betrachten. Die politische und gewerkschaftliche Militanz dient dann oft nur als Sprungbrett, das [...] über das Proletariat und die subalternen Klassen hinausführt.“²³ Alfred Klahr ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass dies nicht so sein muss, oder mit anderen Worten: Sein Leben und sein Werk, sein Widerstand und seine feige Ermordung stehen in Summe dafür, dass soziale Herkunft und damit verbundene Gefühle und Lei-

denschaften die individuelle Möglichkeit eröffnen, zum organischen Intellektuellen zu werden, zu einem Intellektuellen, der die Bedürfnisse und Ziele der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen vermag, der genügend kritischen Geist und auch die Fähigkeit besitzt, kreativ die Philosophie der Praxis zu entwickeln – und gerade das hat Alfred Klahr durch seine etwa ein Jahrzehnt nach seiner Dissertation veröffentlichten Beiträge zur „nationalen Frage“ – ungeachtet ihrer mitunter vulgärmarxistischen Standpunkte – mit ganz enormer Wirkung getan. Deshalb ist es so wichtig, daran zu erinnern: „Seinem Wissen und seinem geschulten Denken nach war Alfred Klahr Intellektueller, doch weder er noch die anderen Studenten [...] unterschieden sich in ihrem Wesen und ihren Gewohnheiten von den jungen Arbeitern“, wie Klahrs Studienkollegin Hilde Oppenheim (Koplenig) aus eigener Wahrnehmung lebhaft bezeugte.²⁴

Ist dann aber Alfred Klahrs Dissertation nicht mehr gewesen als ein bloßes Mittel zum Zweck? Gewiss: „Wollen, marxistisch verstanden, bedeutet Bewusstheit des Zieles, was seinerseits exakte Kenntnis der eigenen Kraft und der Mittel bedeutet, diese in Aktion umzusetzen“²⁵ – und wenn es der großen Sache dient, dann liefert man eben (freilich: auf beachtlichem Niveau!) auch eine Dissertation bei den Professoren Adolf Merkel und Hans Kelsen.

Anmerkungen:

1/ Vgl. zu Leben und Werk von Alfred Klahr vor

allem Hilde Koplenig: Alfred Klahr (1904–1943 [sic]), in: *Zeitgeschichte*, 3. Jg. (1976), Nr. 4, S. 97–111; Arnold Reisberg: Alfred Klahr – erster marxistisch-leninistischer Theoretiker über die österreichische Nation, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 25. Jg. (1983), Nr. 3, S. 411–417; Günther Grabner: Zur Biographie von Alfred Klahr, in: Alfred Klahr: Zur österreichischen Nation, hg. von der KPÖ. Wien 1994, S. 190–203; Thomas Kroll: Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956). Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag 2007, S. 266–272; Martin Krenn/Michael Tatzber-Schebach: Alfred Klahr (1904–1944) – Neue Forschungen zu seiner Biographie, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 2, S. 1–10.

2/ Albert Fuchs trat aber erst 1933 zunächst der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und dann 1934 der KPÖ bei, war also zum Zeitpunkt der Abfassung seiner (1933 im Druck erschienenen) Dissertation noch kein Kommunist.

3/ Zit. nach Gerhard Oberkofler/Peter Goller: Der jungen Alfred Klahr im Umfeld der Kelsen-Schule (1928), in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 4. Jg. (1997), Nr. 1, S. 1–2.

4/ So treffend Hans Hautmann/Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1845. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Wien: Europaverlag 1976, S. 151f.

5/ Vgl. Arnold Reisberg: Februar 1934. Hintergründe und Folgen. Wien: Globus Verlag 1974, S. 133: „So traten am 10. Mai 1928“ – also genau an dem Tag, an dem Adolf Merkel sein Gutachten über Alfred Klahrs Dissertation abfasste – „550 Bergarbeiter in Hüttenberg (Kärnten) spontan in den Streik gegen die Entlassung von Freigewerkschaftern und ihre Ersetzung durch Heimwehler. Ihnen schlossen sich weitere Betriebe der Alpine-Montan an. Aber bereits am 25. Mai kapitulierten die Führer des Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der Bergarbeiter und schlossen mit der Alpine-Montan und dem Stahlwerksverband den sogenannten Hüttenberger Pakt ab, in dem sie den ‚unabhängigen‘ faschistischen Gewerkschaften die Gleichberechtigung und den Unternehmen das ‚Recht der freien Arbeiteraufnahme‘, also das Recht zuerkannten, Arbeiter außerhalb der staatlichen Arbeitsvermittlung aufzunehmen. Zwar lehnten die Arbeiter in der Abstimmung den Vertrag einstimmig ab und streikten noch zwei Wochen ‚wild‘ weiter, also ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführer, doch schließlich mußten sie sich geschlagen geben.“

6/ Durch den gelungenen Aufmarsch der Heimwehr am 7. Oktober in Wiener Neustadt hatte diese einen sichtbaren Erfolg im „roten Wiener Neustadt“ errungen (zuvor waren von der Regierung noch rasch die Organisatoren eines „Abwehrkomitees“ verhaftet worden, nachdem

dieses die Arbeiter aufgefordert hatte, den Transport der Heimwehler nach Wiener Neustadt zu verhindern und die Heimwehler aus dieser Arbeiterstadt zu verjagen!) – und nun war Wien an der Reihe!

7/ Vgl. dazu Alfred J. Noll: Volkssouveränität und Parlament. Die Verfassung der Jahre 1918 bis 1920 als mögliches Vorbild für eine Stärkung des österreichischen Parlaments, in: *Journal für Rechtspolitik*, 2. Jg. (1994), S. 289–306.

8/ Vgl. dazu ganz knapp Alfred J. Noll: Verfassung ohne Recht. Von der Verfassungsnovelle 1929 über den Verfassungsbruch zur faschistischen Diktatur, in: *ÖVDJ-Mitteilungen*, März 1988, S. 1–7; ders.: Die Bedeutung der Verfassung in der Klassengesellschaft, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 27. Jg. (2020), Nr. 4, S. 8–12.

9/ Das Titelblatt lautet vollständig: „Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in parlamentarischen Republiken. / Dissertation, / eingereicht an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Wien zur Erlangung des Doktorgrades. / Angefertigt unter Anleitung der Herren Professoren / Dr. Adolf Merkl / und / Dr. Hans Kelsen / von / Alfred Klahr. / Wien, 1928.“ Das maschinenschriftliche Manuskript umfasst 202 Seiten + VIII Seiten (Literaturverzeichnis). Ein Exemplar des Manuskripts befindet sich in der DÖW-Bibliothek (Nr. 4742). Die Seitenzahlen in diesem Beitrag beziehen sich auf dieses Exemplar der Dissertation.

10/ Zit. nach: Oberkofler/Goller: Klahr.

11/ Klahr fügt später präzisierend hinzu: „Das Kräfteverhältnis [zwischen Legislative und Exekutive] wird bestimmt durch die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über das Verhältnis der beiden Organe, wobei diese unter Gesichtspunkten politischer Dynamik zu betrachten sind, ihre allgemeine Stärke hängt aber neben anderen Umständen im weiten Maße von den Parteiverhältnissen ab“ (S. 182).

12/ Schon dieser (hypothetische) Blick auf die den Verfassungen zugrunde liegenden Realverhältnisse haben Klahr freilich den Rüffel seines Doktorvaters eingetragen; Merkl schrieb in seinem Gutachten: „Klahr bezeichnet die [...] Rangverhältnisse innerhalb des Rechtssystems als ‚Kräfteverhältnisse‘: von einem sonst so konsequenten Vertreter der reinen Rechtslehre eine befremdliche Entgleisung“ (zit. nach Oberkofler/Goller: Klahr).

13/ An dieser Stelle fügt Klahr die aus Heinrich Heines „Deutschland. Ein Wintermärchen“ übernommene Wortwendung ein: „Wir kennen die Weise, wir kennen den Text!“ Damit ermöglicht Klahr den Leserinnen und Lesern seiner Arbeit freilich auch die Assoziation, gedanklich mit Heine fortzusetzen: „Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, / Ich kenn’ auch die Herren Verfasser; / Ich weiß, sie tranken heimlich Wein / Und predigten öffentlich Wasser...“.

14/ Nach der Verfassungsnovelle von 1929 hat sich dieses Verhältnis teilweise wieder in den „alten Zustände“ rückverwandelt, weil nunmehr der vom Volk direkt gewählte Bundespräsident die Regierung ernennt (Art. 70 Abs. 1 B-VG) und der Nationalrat nur noch negativ (durch Misstrauensvotum) auf die Regierung einwirken kann.

15/ Vgl. zu den Anforderungen einer materialistischen Rechtsvergleichung Alfred J. Noll: Absolute Mäßigung. Montesquieu und sein L’esprit des loix. Köln: PapyRossa Verlag 2018, S. 917–931 („Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung“).

16/ Im abschließenden achtseitigen Literaturverzeichnis kommt als einziger Vertreter der Linken der SPD-Theoretiker Heinrich Cunow (1862–1936) mit seinem Aufsatz „Volksherrschaft und parlamentarisches System“ (in: *Die Neue Zeit*, 36. Jg. [1917], S. 169–175) vor. Diese kleine Abhandlung von Cunow schließt mit dem bemerkenswerten Postulat, wir sollten doch „endlich, wie Genosse Renner [ausgerechnet!] in seinem interessanten Buche über ‚Marxismus, Krieg und Internationale‘ sagt, uns daran machen, die staatstheoretischen Bruchstücke zusammenzutragen, die uns Marx hinterlassen hat, die fehlenden Zwischenglieder zu ergänzen, durch eigene Studien das Ganze zum System auszubauen und uns so eine marxistische Staats- und Rechtslehre zu schaffen“ (ebd., S. 175). Hätte Klahr sich daran machen wollen, dieser Aufgabenstellung zu entsprechen, dann hätte er wohl die seit 1927 erstmals zugängliche „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ (in: Karl Marx/Friedrich Engels: Historisch-kritische Gesamtausgabe (MEGA), Bd. 1, 1. Halbband. Frankfurt/Main 1927, S. 401–553) als Ausgangspunkt genommen bzw. nehmen müssen. Freilich wissen wir nicht, ob Alfred Klahr diesen bis dahin unveröffentlichten Text von Karl Marx aus dem Jahr 1843 überhaupt gekannt hat.

17/ Vgl. dazu Peter Römer: Die Reine Rechtslehre Hans Kelsens als Ideologie und Ideologiekritik, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 12. Jg. (1971), Nr. 4, S. 579–598.

18/ Pierre Bourdieu u.a.: Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt 1981, S. 152.

19/ Ebd., S. 71.

20/ Ebd., S. 94.

21/ Ebd., S. 100f.

22/ Antonio Gramsci: La costruzione del partito comunista 1923–1926. Torino: Einaudi 1974, S. 158.

23/ Domenico Losurdo: Der Marxismus Antonio Gramscis. Hamburg: VSA-Verlag 2012, S. 143f.

24/ Koplenig: Alfred Klahr, S. 98.

25/ Antonio Gramsci: Unser Marx, in: Harald Neubert (Hg.): Antonio Gramsci – vergessener Humanist? Eine Anthologie 1917–1936. Berlin: Dietz 1991, S. 36–40, hier S. 39.

Sepp Plieseis in der DDR

Das DFF-Fernsehspiel „Gefährliche Fahndung“ wurde auf DVD neu aufgelegt

SABINE FUCHS

Zwischen deutschen und österreichischen Kommunisten und Kommunistinnen gab es seit den 1930er Jahren viele Verbindungen, oft aufgrund von gemeinsam erlebten Exilerfahrungen oder aufgrund gemeinsamer Haft in nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Auch die gemeinsame Sprache und politische Solidarität in Zeiten der faschistischen Bedrohung hatten wesentlichen Anteil daran. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der kommunistische Widerstand in Österreich auch in der DDR auf großes Interesse stieß. So waren etwa die Geschichte der antifaschistischen Widerstandsgruppe Gruppe Willy-Fred und die Person Sepp Plieseis seit den 1960er Jahren durch zahlreiche Zeitungsartikel und auch längere Publikationen in der DDR weithin bekannt, Plieseis' Lebensleistung in der DDR ohne Zweifel wesentlich anerkannter als in seinem Heimatland Österreich.

Der Autor und Angehörige des DDR-Auslandsgeheimdienstes Julius Mader hatte schon 1965 unter dem Titel „Der Banditenschatz“ ein Buch über den Nazi-Kunstraub und das Versteck der Kunstschätze in den österreichischen Alpen veröffentlicht.¹ Er kannte den 1966 früh verstorbenen Plieseis persönlich, veröffentlichte 1971 im Militärverlag der DDR eine gekürzte Neuauflage von dessen (erstmal 1946 in Österreich erschienenen) Lebenserinnerungen² und regte auch an, diese zu verfilmen. 1978 produzierte die DFF (Deutscher Fernsehfunk; die staatliche Fernsehanstalt der DDR) schließlich unter der Regie des vor allem für Kinderfilme bekannten Rainer Hausdorf ein siebenteiliges Fernsehspiel mit dem Titel „Gefährliche Fahndung“, für das Mader gemeinsam mit Hausdorf das Drehbuch entwickelte.³

Grundlage der Story, die in weiten Teilen in Österreich spielt und gedreht wurde, ist – wenn auch fikionalisiert – die Lebensgeschichte des Spanienkämpfers und Salzkammergut-Partisanen Sepp Plieseis; eigentliches Thema des aufwendig produzierten Mehrteilers aber der NS-Kunstraub und die Fluchthilfe für ehemalige Nationalsozialisten nach Süd-

amerika nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die im ersten Teil des Fernsehspiels gezeigte Vorgeschichte der in der entstehungszeitlichen Gegenwart spielenden Handlung beruht auf der Biographie von Plieseis; Personen, Orte und Handlung sind jedoch fikionalisiert.

„Gefährliche Fahndung“

Die auf Sepp Plieseis beruhende Figur trägt den Namen Anton „Toni“ Pleisner, aus seinem Heimatort Bad Ischl wird Bad Hirschl, und auch die Story des Films ist den Erfordernissen einer Hauptabend-Krimiserie angepasst. Die in dem Buch „Partisan der Berge“ beschriebene Rettungsaktion für die im Salzstollen des Altausseer Bergwerks versteckten Kunstwerke, die von der SS durch Sprengung des Bergwerksstollens zerstört werden sollten, wird (durch einen Überfall, den Mord an einem jungen, antifaschistischen Pfarrer und den Diebstahl von Kunstwerken, darunter einer wertvollen antiquarischen Maya-Statue) mit einer konventionellen Kriminalhandlung in der Gegenwart verbunden. Wichtiges Element der Handlung sind dabei die bis in die 1980er Jahre immer wieder aufflammenden Gerüchte um den „Schatz im Toplitzsee“ (hier: Alpsee), in dem die Nationalsozialisten angeblich kurz vor Kriegsende Kisten mit Kunstgegenständen, tatsächlich aber nur gefälschte Geldnoten, Druckerplatten und Kriegsmaterial versenkt haben. Hauptprotagonist und Dreh- und Angelpunkt der Handlung ist der fiktive Sohn der auf Plieseis beruhenden Figur, der gewissermaßen als Wiedergänger, aber auch Antagonist seines Vaters geschildert wird: Auch er ist Kommunist und Antifaschist, arbeitet als Kriminalpolizist im fiktiven Bad Hirschl und empfindet die Vorbildwirkung des heldenhaften, jung verstorbenen Vaters als erdrückend, eifert ihm aber dennoch nach.

Die Handlung setzt in der Gegenwart des Jahres 1975 ein. Der ehemalige Widerstandskämpfer Sepp Bucher, ein Freund und Mitstreiter von Pleisner/Plieseis, wird in einer Bergkapelle erschossen aufgefunden; die Polizei bezeichnet den Fall als Selbstmord. Pleisner Junior, zur Zeit der Tat auf Urlaub,

wird von seiner Freundin und seiner Mutter über den Tod des Freundes der Familie informiert und beschließt nach einem Gespräch mit der Witwe, zunächst auf eigene Faust zu ermitteln. Parallel wird in Rückblenden geschildert, wie die drei Widerstandskämpfer Toni Pleisner, Sepp Bucher und Dr. Seidel im April 1945 von den Nazis geraubte Kunstschätze retten, wobei die Handlung insofern von den tatsächlichen historischen Vorgängen abweicht, als Partisanen beobachten, wie eine kleine Gruppe deutscher Soldaten heimlich Kunstschätze aus dem Bergwerksstollen abtransportiert. Die Partisanengruppe wird entdeckt und alle bis auf einen jungen Geistlichen erschossen. Dieser kann zunächst fliehen und die Gruppe um Plieseis und Bucher über die Vorgänge informieren, wird dann jedoch ebenfalls ermordet. Bucher hat diesen Mord beobachtet und erkennt den Täter 1975 wieder, als dieser die in der Bergkapelle versteckten, 1945 beiseite geschafften Kunstgegenstände abtransportieren will. Der Täter, ein Mann namens Stanetzi, erschießt jedoch auch Bucher. In einem weiteren Handlungsstrang wird erzählt, wie der Gemeinderat von Bad Hirschl zusammen mit verschiedenen Wirtschaftstreibern und Konzernen versucht, im Bereich des „Alpsees“ und der Bergkapelle ein großes Schigebiet mit Liftstationen und Hotels zu errichten. Über den geheimnisvollen Tod eines jungen Tauchers, der bei Filmaufnahmen im Alpsee umkommt, wird die Aufmerksamkeit des Kommissars auf den ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Härtel gelenkt, der als der große Gegenspieler von Pleisner Senior/Plieseis beschrieben wird.⁴ Härtel und Stanetzi sind Angehörige einer Organisation ehemaliger Nationalsozialisten, die die 1945 geraubten Kunstschätze verkaufen will, um erneut eine faschistische Organisation aufzubauen. Die durch den Sohn Härtels als Manager eines Baukonzerns vorangetriebenen Arbeiten an der Liftanlage sollten unter anderem dazu dienen, den Abtransport der Kunstwerke zu verschleiern. Schließlich kann Pleisner Junior über den Umweg von Ermittlungsarbeiten in der Türkei und der Schweiz, wo er die als Gimmick in der



Sepp Plieseis (1913–1966)

ersten Folge der Reihe auftauchende Maya-Statue wiederfindet, den ehemaligen Wehrwirtschaftsführer stellen und verhaften. Er wird jedoch vom Fall abgezogen und schließlich vom Dienst suspendiert. Ob Härtel bestraft wird und die Pläne der Gruppe verhindert werden, bleibt offen.

Planung und Absicht

Im Mittelpunkt des Interesses der Autoren von „Gefährliche Fahndung“ stand die Tatsache, dass Sepp Plieseis die geradezu ideale, sowohl für die ältere als auch für die jüngere Generation anschlussfähige Verkörperung eines „sozialistischen Helden“ war.⁵ Wie im Westen Deutschlands erfreuten sich auch in der DDR Krimi-Fernsehserien und Mehrteiler seit den 1970er Jahren wachsender Beliebtheit.⁶ Diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs lieferte das eigene Gesellschaftssystem den normgebenden Kontext der Narrationen; in beiden Fällen wurde die Polizei als Ga-

rant für die Aufrechterhaltung der jeweiligen Gesellschaftsordnung positiv konnotiert, während der Täter eine Aberration darstellte und unschädlich gemacht werden musste. War im Westen meist die konservativ-bürgerliche Gesellschaft die Hintergrundfolie, vor der Homosexualität, die Studentenbewegung oder Drogenkonsum als gefährliche und zumindest potenziell kriminelle Abweichungen interpretiert wurden,⁷ lieferte in der DDR die klassenlose sozialistische Gesellschaft den Kontext für die Interpretation von Kriminalität.⁸

Wichtige Elemente waren dabei die Abgrenzung der sozialistischen von der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaft im Westen im Sinne der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg, die Schaffung einer historischen Identität der sozialistischen Gesellschaft durch die Einführung historischer Heldenfiguren in historische wie in Gegenwartsstoffe,⁹ die Kontinuität von Faschismus und Nationalsozialismus im Kapitalismus sowie das Weiterbestehen nationalsozialistischer Netzwerke in der westlichen, insbesondere bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, wobei allerdings die Arbeiterklasse implizit ausgenommen wurde.¹⁰ Österreich wurde im Sinne der Opferthese meist als historisches Opfer des deutschen Faschismus gezeigt, was dem zwar Selbstbild der meisten ÖsterreicherInnen entsprach, aber auch als Abgrenzung des zumindest militärisch neutralen Staates gegen die Westintegration der Bundesrepublik, die fast immer neofaschistisch konnotiert wurde, gesehen werden kann.¹¹

Die für „Gefährliche Fahndung“ gewählte Mischform zwischen historischer Dokumentation und Fiktion stellt nicht nur in im Ostblock entstandenen sozialistischen Filmen ein beliebtes Stilmittel dar. Der These, dass „an die Stelle der Fabel [...] der historische Prozeß, [...]

die Tatsache“¹² treten soll, wurde auch von linken Filmemachern aus dem Westen vertreten und in ihren Werken angewandt, beispielsweise von Axel Corti in „Der Fall Jägerstätter“ (Österreich 1971) oder in Peter Watkins’ „Culloden“ (Großbritannien 1964). In „Gefährliche Fahndung“ wirkt die nationalsozialistische Vergangenheit und der antifaschistische Widerstand bis in die Gegenwart der 1970er Jahre fort und bestimmt das Handeln der Protagonisten. Der junge Toni Pleisner, Kommunist wie sein Vater, agiert eher wie ein Historiker als wie ein Polizist; einmal fällt sogar der Satz: „Die eigentliche Polizeiarbeit müsste die Vergangenheit sein.“¹³

Anachronismen und Fehlgriffe

In der filmischen Narration herrscht jedoch ein Ungleichgewicht zwischen den historischen Elementen und den Thriller-Elementen vor, die die Handlung – entgegen den genretypischen Versuchen, dem gesellschaftlichen Status quo der Gegenwart eine historische Tiefendimension zu verleihen – unglaublich unwürdig erscheinen lassen. Dazu tragen auch unnötige Anachronismen und inhaltliche Fehlgriffe bei. So lag in einem österreichischen Landgasthaus im Salzkammergut der 1970er Jahre als einzige Zeitung wohl kaum die kommunistische *Volksstimme* auf. Das Weiterleben des Nationalsozialismus wird als vor allem auf die Wirtschaftseliten beschränkt dargestellt. Die „normale“ österreichische Bevölkerung wird als antifaschistisch bis – allenfalls – indifferent gezeigt, der teils hysterische Antikommunismus, der gerade in der ländlichen Bevölkerung Österreichs in den 1970er Jahren weit verbreitet war, kommt nicht vor.

Problematisch ist auch, dass – obwohl der Hauptstrang der Handlung in Österreich spielt und die handelnden Personen zu einem großen Teil Österreicher und Österreicherinnen sind – die Rollen ausnahmslos mit deutschen SchauspielerInnen besetzt wurden (u.a. Jaecki Schwarz, Günther Schubert, Rolf Hoppe und Ulrich Rudolph). Gerade das wäre leicht zu vermeiden gewesen, denn in der DDR lebten zahlreiche antifaschistische österreichische SchauspielerInnen, die nach dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrags im Jahr 1955 als KommunistInnen keine Arbeit mehr in Österreich fanden und sich darauf in der DDR niederließen.¹⁴ So bleibt die immer wieder zu hörende Grußfloskel „Servus“ das einzige Zugeständnis an den lokalen österreichischen Sprachgebrauch.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Sabine Fuchs (Schriftführerin), Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Michael Graber, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Kropf, Mag. Robert Krotzer, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassierin), Mag. Dr. Simon Loidl, Mag. Dr. Peter März, Mag. Dr. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Dr. Elke Renner (Vizepräsidentin), Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima

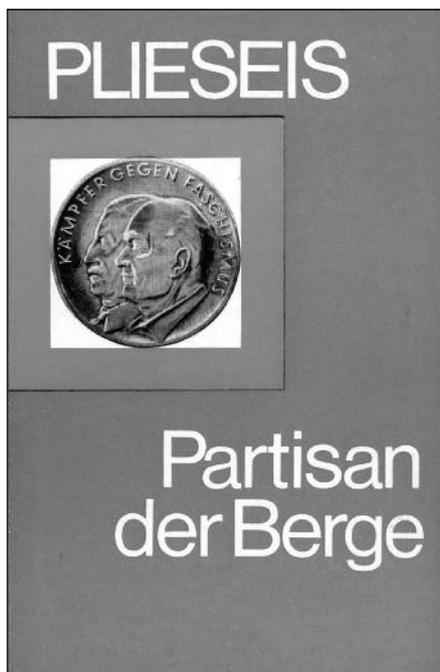
Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.



Lebenserinnerungen von Sepp Plieseis: Erstausgabe im Verlag Neue Zeit (Linz) 1946, Neuauflage im Militärverlag der DDR (Berlin) 1971 (Lizenzausgabe im Globus-Verlag)

Die deutsche Sprachfärbung ist nicht nur aus lokalhistorischen Gründen irritierend, sie verändert auch die soziale Kontextualisierung der ProtagonistInnen. Während die Mitglieder der Partisanengruppe Willy-Fred zum großen Teil dem kleinbürgerlich-proletarischen ländlichen Milieu entstammten, wirken die ProtagonistInnen des Films – die Widerstandskämpfer Pleisner und Bucher sowie die der historischen Maria Plieseis-Wagner nachempfundene Witwe des Widerstandskämpfers – wie dem gehobenen Bürgertum entsprungene deutsche TouristInnen, die es zufällig ins steirische Salzkammergut verschlagen hat. Dies kann kaum den Absichten der Produzenten des Mehrteilers entsprochen haben, war doch die Darstellung des Klassenstandpunktes im Gegensatz zu heutigen Fernsehproduktionen¹⁵ ein wichtiges Element in DEFA- und DFF-Produktionen.

„Gefährliche Fahndung“ wurde jedoch nicht für das österreichische, sondern für das DDR-Publikum gedreht, und eine möglichst authentische Darstellung der österreichischen Realität lag nicht im Fokus der Produzenten, für die die Darstellung der Kontinuität zwischen Nationalsozialismus und Kapitalismus und die Parallelsetzung der beiden Systeme die wesentliche Aussage des Films war.¹⁶ Die mangelnde Authentizität und Glaubwürdigkeit der Narration mag auch dazu beigetragen haben, dass „Gefährliche Fahndung“ in der DDR letztlich nicht der erhoffte Quotenhit geworden ist. Die Serie blieb ein Produkt sozialistischer



Unterhaltungskultur, das den internationalistischen Anspruch, den die Produktion proklamiert hatte, nicht ganz einlösen konnte.

Anmerkungen

1/ Mader, Julius: Der Banditenschatz. Ein Dokumentarbericht über den Hitlers geheimen Gold- und Waffenschatz. Berlin: Deutscher Militärverlag 1965.

2/ Plieseis, Sepp: Partisan der Berge. Lebenskampf eines österreichischen Arbeiters, hg. von Julius Mader. Berlin: Militärverlag der DDR 1971 (1971, 1977 und 1987 auch als Lizenzausgabe vom Globus-Verlag der KPÖ in Wien herausgebracht). Die erste Ausgabe war 1946 unter dem Titel „Vom Ebro zum Dachstein“ im Linzer KPÖ-Verlag *Neue Zeit* erschienen.

3/ Vgl. Kienesberger, Klaus: Österreich im Bild. Die Konstruktion Österreichs im Fernsehen der DDR, in: Eichinger, Barbara/Stern, Frank (Hg.): Film im Sozialismus – die DEFA. Wien: Mandelbaum Verlag 2009, S. 319–339, hier S. 329. Vgl. auch ders.: Der Österreich-Diskurs in der DDR von 1970 bis 1980. Eine kommunikationsgeschichtliche Annäherung anhand des Diskursbeitrags Sepp Plieseis. Diplomarbeit Universität Wien 2007.

4/ Vorbild dieser Figur war vermutlich der SS-Obersturmbannführer, Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes und Adjutant von Ernst Kaltenbrunner Wilhelm Höttl, der nach dem Zweiten Weltkrieg für alliierte Geheimdienste tätig war und bis zu seinem Tod 1999 unbehelligt in Altaussee lebte. Vgl. Haidinger, Martin: Wilhelm Höttl. Spion für Hitler und die USA. : Wien: Ueberreuter 2019.

5/ Plieseis: Partisan der Berge, S. 5f.

6/ Vgl. Hissnauer, Christian/Scherer, Ste-

fan/Stockinger, Claudia: Zwischen Serie und Werk: Fernseh- und Gesellschaftsgeschichte im Tatort. Berlin: transcript Verlag 2014.

7/ Grote, Gerald: Der Kommissar. Eine Serie und ihre Folgen. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf³2010, S. 52f.

8/ Vgl. Hickethier, Knut: Fernsehspielforschung in der Bundesrepublik und der DDR 1950–1985. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang 1989. Beutelschmidt, Thomas: Sozialistische Audiovision. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg 1995.

9/ Deltl, Sylvia: Vorwärts und nicht vergessen. Die Propagandafilme der DEFA, in: Der geteilte Himmel. Höhepunkte des DEFA-Kinos 1946–1992, Bd. 2. Wien: Filmarchiv Österreich 2001, S. 133–148, hier S. 133.

10/ Becker, Wolfgang: Antifaschismus in den DEFA-Spielfilmen, in: ebd., S. 75–90, hier S. 80f.

11/ Ebd. S. 82f.

12/ Thurm, Brigitte: Besonderheiten der Mischform in Film und Fernsehen, in: Rüllicke-Weiler, Käthe (Hg.): Beiträge zur Theorie der Film- und Fernsehkunst. Gattungen, Kategorien, Gestaltungsmittel. Berlin: Henschelverlag 1987, S. 301–388.

13/ Kienesberger: Österreich im Bild, S. 321.

14/ Vgl. Fuchs, Sabine: Österreichische KünstlerInnen und der antifaschistische DEFA-Film, in: Arndt-Briggs, Skyler u.a. (Hg.): DEFA international. Grenzüberschreitende Filmbeziehungen vor und nach dem Mauerbau. Wiesbaden: Springer 2013, S. 305–314.

15/ Seier, Andrea/Waitz, Thomas (Hg.): Klassenproduktion. Fernsehen als Agentur des Sozialen. Münster u.a.: Lit Verlag 2014, S. 7–23, hier S. 14.

16/ Kienesberger: Österreich im Bild, S. 334.

„Gefährliche Fahndung“ (Regie: Rainer Hausdorf, DDR 1978) (Reihe „Straßenfeger“, Vol. 20), April 2022, 4 DVDs, 423 Minuten, 21,99 Euro



Bemerkungen über den marxistischen Humanismus

WALTER BAIER

Man könnte fragen, ob dem Begriff „marxistischer Humanismus“ nicht etwas Sektenhaftes anhaftet. Warum immer diese Extrawürste: der Internationalismus muss ein proletarischer sein, der Realismus ein sozialistischer und der Humanismus ein marxistischer? Sind wir nicht alle HumanistInnen, so wie wir alle Menschen sind? Dies scheint mir aber auch wieder zu einfach zu sein, und es schrammt kaum am Kitschigen vorbei. Andererseits sollten wir folgendes nicht gering-schätzen: In Verhältnissen, in denen die liberale Maxime der Gleichheit aller vor dem Gesetz gilt, legt die Rede über die Menschen und ihre grundlegenden Rechte, einen zivilisatorischen Mindeststandard fest, den wir bewahren und verteidigen müssen.

Zudem stellt das vom Humanismus inspirierte Eintreten für die Menschenrechte eine Dialog- und Diskussionsplattform dar, die zu einer ständigen Ausweitung herausfordert. „Ausweitung“ klingt wie eine quantitative Operation, und das entspricht auch dem liberalen Selbstverständnis, das die Kombination von liberaler Demokratie und kapitalistischer Ökonomie für einen historischen Endzustand hält, der allerdings immanent zu ständigen Verbesserung fähig ist.

Ungleiche Bildungschancen

Damit ist einerseits die Ausweitung des Kreises der Gleichberechtigung auf immer weitere Bevölkerungsgruppen gemeint: Die Frauen, die Menschen mit Behinderung, die Angehörigen nationaler Minderheiten, sexuelle Minderheiten, die MigrantInnen. Doch hier besteht eine Ambivalenz, die sich etwa bei den Bildungsprivilegien offenbart. Wohl beträgt heute der Frauenanteil unter den StudienanfängerInnen 53 Prozent, sinkt aber mit den Sprossen der Hierarchieleiter immer weiter ab: bei den Promotionen sind es nur mehr 45 Prozent, bei den Professuren 26 Prozent und bei den Professuren der höchsten Besoldungsgruppe gar nur zwölf Prozent.

Die Frage der Gleichheit zwischen den Geschlechtern bleibt also weiterhin offen. Gleichzeitig werden auch die Bereiche, an die wir menschenrechtliche Standards anlegen, ausgeweitet. Wir

sprechen daher von sozialen Menschenrechten: vom Recht auf Arbeit, ausreichendem Einkommen und dem Recht auf soziale Sicherheit.

In Konzepten wie *Triple oppression*, Intersektionalität und Klassismus kommt dies gut zum Ausdruck. Letzterer Begriff besagt: So wie wir uns entsprechend einem liberalen Menschenrechtsverständnis gegen alle Diskriminierungen wenden sollen, so selbstverständlich auch gegen Klassenvorrechte. Auch hier sind die ungleichen Bildungschancen illustrativ: 37 Prozent der Kinder aus ArbeiterInnenhaushalten machen Matura, hingegen 81 Prozent aus AkademikerInnenhaushalten. 22 Prozent ArbeiterInnenkinder beginnen ein Bachelorstudium, und 67 Prozent aus AkademikerInnenhaushalten; sieben Prozent ArbeiterInnenkinder beginnen ein Masterstudium, 24 Prozent AkademikerInnenkinder. Und schließlich sind es weniger als ein Prozent der ArbeiterInnenkinder, die ein Doktoratsstudium aufnehmen, während es drei Prozent der AkademikerInnenkinder sind.¹

Zur sozialen Herkunft des wissenschaftlichen Personals gibt es keine exakten Daten. Allerdings referierte *orf online* letztes Jahr eine Umfrage aus dem deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, derzufolge nur eine/r von zehn ProfessorInnen aus ArbeiterInnenfamilien oder vergleichbaren sozialen Situationen komme.²

Soziale Menschenrechte

Auch im Bereich der sozialen Menschenrechte gab es in den 30 glorreichen Nachkriegsjahren Fortschritte. Die Ambivalenz ist sogar rechtlich festgeschrieben, indem sie, soweit in internationalen Verträgen normiert, in die nationalen Verfassungen, so auch in die österreichische, unter Erfüllungsvorbehalt eingegangen sind, also von den Einzelnen und der Einzelnen nicht eingeklagt werden können. Offensichtlich hakt es da irgendwo.

Adam Smith sprach den Widerspruch des Liberalismus in seinem Buch „Der Wohlstand der Nationen“ (1764) recht arglos aus: „Eine Gesellschaft kann sicher nicht als glücklich oder prosperierend betrachtet werden, wenn der bei

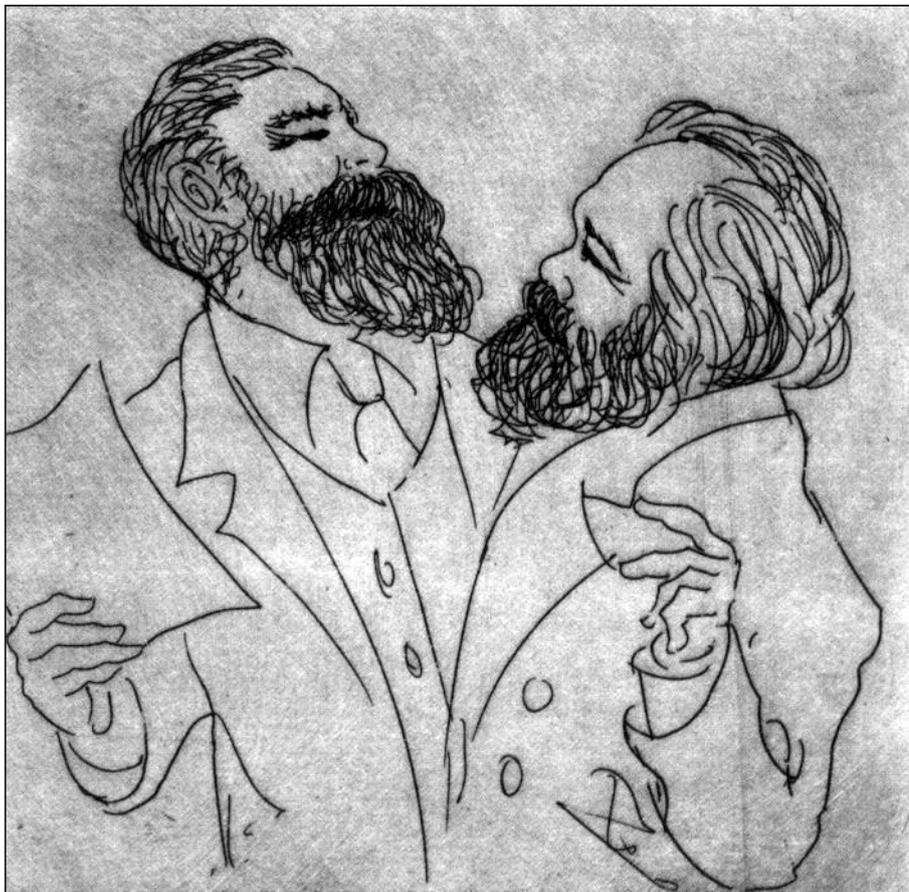
weitem größte Teil ihrer Glieder arm und elend ist. Außerdem verlangt die bloße Billigkeit, dass diejenigen, welche den ganzen Körper der Nation nähren, kleiden und behausen, an dem Produkt ihrer eigenen Arbeit einen hinreichenden Anteil haben.“³

Aus menschenrechtlicher Perspektive ergibt sich so die unlösbare Frage, wie hoch der Anteil am Produkt ihrer eigenen Arbeit derjenigen zu sein hätte, die den ganzen Körper der Nation nähren, kleiden und behausen, um als „gerecht“ bezeichnet werden zu können. Adam Smith stellte sich diese Frage nicht, weil ihm das kapitalistische Privateigentum als die zeitlose Voraussetzung menschlicher Zivilisation erschien. Die den Liberalismus charakterisierende Trennung zwischen allen ökonomischen und häuslichen Produktionen, dem *oikos* und der politischen Sphäre hat bis heute Gültigkeit und entzieht sich einem Appell an eine übergreifende Gerechtigkeit.

Solange die populären Klassen und die bürgerlichen Eliten den Monarchen gemeinsam gegenüberstanden, kam der vom Privateigentum an den Produktionsmitteln gezogenen Grenze keine erst-rangige Bedeutung zu. Als aber die Macht an das Bürgertum übergegangen war, und sich herausgestellt hatte, dass sich die Demokratie im Staat mit dem alltäglichen, kapitalistischen Autoritarismus in den Produktionsstätten als vereinbar herausstellte, übertrug sie sich auf den Humanismus, der sich in einen elitären und einen populären Humanismus spaltete.

Politische und menschliche Emanzipation

Karl Marx war nicht der erste, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln zum Thema machte. Er war aber der erste, der es als eine historische Form, den gesellschaftlichen Organisation erkannte. In seinem Aufsatz „Zur Judenfrage“ äußerte er sich zu den im Artikel 2 der französischen Konstitution von 1793 proklamierten Rechten, Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und Eigentum: „Keines der Menschenrechte ging über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft,



Radierung „Marx und Engels“ von Enric Rabasseda (1978)

nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist.“⁴ Daher unterschied Marx in seinem 1843 verfassten Aufsatz zwischen einer politischen Emanzipation, die die Gleichheit der Menschen im Staat herzustellen hätte, und einer menschlichen Emanzipation, die er als Emanzipation vom Staat verstand.

Kein Zweifel, die *politischen Emanzipation* stellte einen notwendigen Fortschritt dar. Worin bestand aber die menschliche Emanzipation? Dazu Karl Marx: „Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst. [...] Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger ins sich zurücknimmt, und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, ein Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich getrennt hat, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“⁵

Und dies führt schließlich zum berühmten Zitat in der „Einleitung zur

Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ (1844), das der italienische Marxist Antonio Gramsci als den Glutkern des Marxismus bezeichnet hat: „Radikal sein, heißt das Übel an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist also der Mensch selbst. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“⁶

Was ist dieser so adressierte Mensch? Gramsci bezeichnete dies als die erste und prinzipielle Frage der Philosophie. Marx selbst, der seine Philosophie als einen realen Humanismus bezeichnete, schrieb in seinem Buch „Die heilige Familie“ (1845): „Der reale Humanismus hat in Deutschland keinen gefährlicheren Feind als die Philosophie, die an die Stelle des wirklichen, individuellen Menschen das ‚Selbstbewusstsein‘ oder den ‚Geist‘ setzt und mit dem Evangelisten lehrt: ‚Der Geist ist es, der da lebendig macht, das Fleisch ist kein Nütze.“⁷

Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse

Worin ihr Perspektivenwechsel bestand, sprachen Marx und Engels in

ihrem Gemeinschaftswerk „Die Deutsche Ideologie“ aus, in dem sie sich von jenem theoretischen Humanismus abgrenzten: „Die Voraussetzungen, mit denen wir beginnen, sind keine willkürlichen, keine Dogmen, es sind wirkliche Voraussetzungen. [...] Es sind die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materielle Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigene Aktion erzeugten. Diese Voraussetzungen sind also auf rein empirischem Wege konstatierbar.“⁸

Nicht *der* Mensch, der erdachte Mensch als Abstraktion, interessiere, sondern die unter bestimmten Bedingungen existierenden Menschen. Charakteristisch für ihren Humanismus ist, dass Marx und Engels von nun den Begriff Mensch im Plural verwenden: „Diese Betrachtungsweise ist nicht voraussetzungslos. Sie geht von den wirklichen Voraussetzungen aus, sie verlässt sie keinen Augenblick. Ihre Voraussetzungen sind die Menschen nicht in irgendeiner fantastischen Abgeschlossenheit und Fixierung, sondern in ihrem wirklichen, empirisch anschaulichen Entwicklungsprozess unter bestimmten Bedingungen. Sobald dieser tätige Lebensprozess dargestellt wird, hört die Geschichte auf, eine Sammlung toter Fakta zu sein, wie bei den selbst noch abstrakten Empirikern, oder eine eingebilddete Aktion eingebilddeter Subjekte, wie bei den Idealisten. Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben beginnt also die wirkliche positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen.“⁹

Halten wir fest: Marx' und Engels' Humanismus sollte ein empirischer Humanismus sein. Rückschauend schrieb Friedrich Engels in „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der Klassisch-Deutschen Philosophie“ (1888): „Der Kultus des abstrakten Menschen [...] musste ersetzt werden durch die Wissenschaft von den wirklichen Menschen und ihrer geschichtlichen Entwicklung.“¹⁰

Was war dieser der konkrete Mensch für Marx und Engels? Die 6. Feuerbach-These von Karl Marx, flüchtig im Jahr 1844 notiert, lautet: „Aber das menschliche Wesen ist kein dem Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“¹¹ Versuchen wir den Weg zu markieren, auf dem Marx sich an die empirischen Menschen herantastete. Da sind zum ersten die berühmten „Ökonomisch-philosophi-

schen Manuskripte“ aus dem Jahr 1844, sodann die „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“ (1857/58) und schließlich „Das Kapital“.

In den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ zeigte Marx, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln die subjektive Seite des Produzierens, die Arbeit, von ihren objektiven Voraussetzungen, den Produktionsmitteln, und ergo den Resultaten der Produktion trennt. Dies bezeichnet er als die Entfremdung der Arbeit. Das aber sei kein Zustand, sondern ein Prozess, den er folgendermaßen beschrieb: „Der Arbeiter wird eine umso wohlfeilere Ware, je mehr Waren er schafft. Mit der Verwertung der Sachenwelt nimmt die Entwertung der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu. Die Arbeit produziert nicht nur Waren; sie produziert sich selbst und den Arbeiter als eine Ware, und zwar in dem Verhältnis, in welchem sie überhaupt Waren produziert.“¹²

Im ersten Band des „Kapitals“ wird der Entfremdungsprozess über die Werttheorie mit ihrem Kernstück der Fetischtheorie zur Mehrwert-Theorie und schließlich zur Theorie der kapitalistischen Akkumulation konkretisiert. Bereits in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ hatte Marx die Aufhebung der Entfremdung als Voraussetzung der menschlichen Emanzipation

betrachtet: „Darum als wirkliche *Aneignung des menschlichen Wesens* durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewusst und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung der Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung.“¹³

Ökologische Einsicht

Ich möchte diesen Überschwang des jungen Marx nun weder kommentieren noch interpretieren, sondern einige Anmerkungen zur ökologischen Dimension des marxistischen Humanismus machen. Der reife Marx kritisierte 1875 an einem Entwurf für das Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie, dem Gothaer Programm, dass in ihm die Arbeit als die Quelle allen Reichtums bezeichnet würde, und schrieb: „Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso so sehr die Quelle der Gebrauchswerte als die Arbeit, die selbst nur eine Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.“¹⁴

Es gibt dann viele, wunderbar zitierbare Stellen. Etwa im ungefähr zur selben Zeit entstandenen Buch „Dialektik der Natur“ von Friedrich Engels: „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen. [...] Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern dass wir mit Fleisch und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen.“¹⁵

Aber es geht nicht um das Sammeln von Zitaten. Ich möchte Marx nicht gegenüber den KritikerInnen verteidigen, die ihm mangelnde ökologische Einsicht vorhalten, sondern seine VerteidigerInnen kritisieren, die seine diesbezüglichen Einsichten nicht verstanden oder nicht

ernst genug genommen haben. Meine These lautet, dass Karl Marx und Friedrich Engels von einer objektiven Einheit von Mensch und Gesellschaft ausgingen, und die Zerstörung dieser Einheit als das Wesensmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise betrachteten. Bereits der junge Marx kritisierte, dass in Hegels dialektischer Konstruktion der Natur nur die Rolle eines passiven Objekts zukam: „Das Gattungslieben, sowohl beim Menschen als beim Tier, besteht physisch einmal darin, dass der Mensch (wie das Tier) von der unorganischen Natur lebt, und umso universeller der Mensch als das Tier, umso universeller ist der Bereich der unorganischen Natur, von der er lebt. [...] Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist Teil der Natur.“¹⁶

Und gibt es ein „materialistischeres“ Thema als die Geschlechterverhältnisse? „Das unmittelbare, natürliche, notwendige Verhältnis zum Menschen ist das Verhältnis des Mannes zum Weibe. In diesem natürlichen Gattungsverhältnis ist das Verhältnis des Menschen zur Natur unmittelbar sein Verhältnis zum Menschen, wie das Verhältnis zum Menschen unmittelbar sein Verhältnis zur Natur, seine eigene natürliche Bestimmung ist. In diesem Verhältnis erscheint also sinnlich, auf ein anschauliches Faktum reduziert, inwieweit dem Menschen das menschliche Wesen zur Natur oder die Natur zum menschlichen Wesen geworden ist. Aus diesem Verhältnis kann man also die ganze Bildungsstufe der Menschen beurteilen.“¹⁷ Es ist bemerkenswert, dass Simone de Beauvoir mit diesem Zitat ihr großartiges Werk „Das andere Geschlecht“ beschließt.

Stoffwechsel mit der Natur

Aus ökologischer Perspektive entscheidend ist der im ersten Band des „Kapitals“ kaum wahrgenommene oder als Allegorie ohne Belang missverstandene Satz, dass es sich beim Arbeitsprozess – im Unterschied zum Verwertungsprozess des Kapitals – um „einen Stoffwechsel des Menschen mit der Natur handle“.¹⁸ Darauf aufbauend ist im dritten Band des „Kapitals“ zu lesen: „Auf der anderen Seite reduziert das große Grundeigentum die agrarische Bevölkerung auf ein beständig sinkendes Minimum und setzt ihr eine beständig

ANTIFA-SCHISTISCHE STRATEGIE
1923/2023



Mit Beiträgen von:
Ulrich Schneider (FIR), Anne Rieger (Österreich), Andreas Buderus, Matthias Fritz, Ulrich Sander, Maria Krüger, Gerhard Feldbauer, Erica Caines (USA), Joe Lauria (USA); Rezensionen zum Thema

Weitere Themen:
 Atomkriegsgefahr (Scott Ritter), Brasilien (Miguel Torres/ João Carlos Juruna), Mediengesetz in der Ukraine (Maxim Goldarb), »Holodomor«-im Bundestag (Rainer Dörrenbecher), Kontinuität deutscher Außenpolitik (Rudolph Bauer), Vergessener Massenmord in Indonesien (John Roosa), Polykrise und die Linke (Peter Mertens)

136 Seiten

Neue Impulse Verlag
 Hoffingstraße 18
 45127 Essen
 Tel. 0201 | 23 67 57
 info@neue-impulse-verlag.de

Einzelheft (inkl. Porto) 12,50 €
 Jahresabo 54,00 €
 ermäßigtes Abo 38,00 €
 Jahresabo+PDF 64,00 €
 ermäß. Abo+PDF 48,00 €

www.marxistische-blaetter.de

wachsende, in großen Städten zusammengedrückte Industriebevölkerung entgegen; es erzeugt dadurch Bedingungen, die einen unheilbaren Riss hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebenen Stoffwechsels, infolge wovon die Bodenkraft verschleudert und diese Verschleuderung durch den Handel weit über die Grenzen des eigenen Landes hinausgetragen wird (Liebig).“ Und er schließt diesen Gedanken folgendermaßen ab: „Große Industrie und industriell betriebene Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, dass die erste mehr die Arbeitskraft und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zu Erschöpfung des Bodens verschaffen.“¹⁹

Das Schlüsselwort ist hier „Riss“. Der *metabolic rift*, wie John Bellamy Foster schreibt, bestehe zwischen den durch Naturgesetze bestimmten Kreisläufen und der prinzipiell unbegrenzten Logik der Kapitalakkumulation. Der rot-grüne Faden, den ich in dieser kurzen Darstellung aufzeigen wollte, ist der folgende: Der marxistische Humanismus geht nicht von einer vorausgesetzten, philosophisch begründeten Idee vom Menschen aus, sondern von den empirischen Menschen. In ihrer Individualität verdichten diese das Ensemble ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse. Auf Basis kapitalistischen Privateigentums nehmen diese die Form der Entfremdung des einzelnen Menschen von den Mitmenschen, zwischen den Geschlechtern und von der Natur an. Die gesellschaftlichen Bewegungen der Menschen erscheinen im Kapitalismus als die Bewegung von Sachen, unter deren Herrschaft sie stehen. Zur Krise verdichtet sich dies durch die Kapitalakkumulation, die der Bewegung der Sachen eine immer größere Wucht und Dynamik verleiht, und einen unheilbaren Riss mit der Natur erzeugt.

Ich könnte diesen Beitrag mit einem der sprachgewaltigen Zitate aus den Frühschriften von Marx über den Kommunismus als die Negation dieses Zustands abschließen. Ich ziehe aber vor, eher trocken mit Karl Polanyi zu enden, der in einem 1927 verfassten Manuskript, bezugnehmend auf das Engelswort „vom Sprung aus dem Reich der

Notwendigkeit ins Reich der Freiheit“, Sozialismus als dasjenige Wirtschaftssystem bezeichnete, das durch seine Eigentumsordnung und die politische Demokratie den Menschen ermögliche, die Interaktion untereinander und mit der Natur bewusst, das heißt frei zu gestalten.²⁰ „Ermöglicht“, schreibt Polanyi. Klugerweise bezeichnete Polanyi den Sozialismus/Kommunismus als eine Möglichkeit, nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Vortrag auf dem 21. Schiele-Fest in Maria Anzbach und Neulengbach am 17. September 2022

Anmerkungen:

- 1/ Bürger, Johanna: Studieren als Arbeiterkind: Seiltanz ohne Sicherung, in: www.moment.at/story/studieren-als-arbeiter-kind-vom-seiltanz-ohne-sicherung [17.10.2022].
- 2/ Nagiller, Jukiane: Frau Professor aus dem Arbeitermilieu, in: <https://science.orf.at/stories/3203646> [4.1.2021]
- 3/ Smith, Adam: Wohlstand der Nationen. Köln: Anaconda Verlag 2009, S. 85.
- 4/ Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: ders./Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 1. Berlin: Dietz Verlag 1969, S. 366.
- 5/ Ebd., S. 370.
- 6/ Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: ebd., S. 385.
- 7/ Engels, Friedrich/Marx, Karl: Die heilige Familie, oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer & Consorten, in: MEW, Bd. 2, S. 7.
- 8/ Ebd., S. 20.
- 9/ Ebd., S. 27.
- 10/ Engels, Friedrich: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 290.
- 11/ Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, S. 6.
- 12/ Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844 (Pariser Manuskripte), in: MEW, Ergänzungsband: Schriften bis 1844, 1. Teil, S. 511.
- 13/ Ebd., S. 536.
- 14/ Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 15.
- 15/ Engels, Friedrich: Dialektik der Natur, in: MEW, Bd. 20, S. 453.
- 16/ Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, S. 515.
- 17/ Ebd., S. 535.
- 18/ Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, in: MEW 23, S. 193.
- 19/ Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 821.
- 20/ Polanyi, Karl: Über die Freiheit, in: ders.: Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze (1920–1947), hg. von Michele Cangiani u.a., Bd. 3. Berlin: Metropolis Verlag 2004, S. 137–172.

Fini Seif (1932–2023)

In der Nacht von 15. auf 16. März ist das Mitglied unseres Vorstands und unsere langjährige Büroleiterin Fini Seif unerwartet im Alter von 91 Jahren in Wien gestorben.

Fini Seif wurde am 9. Jänner 1932 in Krems als Tochter einer Weinbauerfamilie geboren. Unmittelbar nach Kriegsende trat sie der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) bei, in deren Bezirksleitung sie gewählt wurde. 1951 wurde sie



Mitglied der KPÖ. In dieser Zeit arbeitete sie in der Rehberger Schuhfabrik, einem USIA-Betrieb, ehe sie nach Wien in den Apparat der Landesleitung der FÖJ Niederösterreich wechselte. Ab 1960 gehörte sie dem Bundesvorstand der *Österreichischen Gewerkschaftsjugend* an. Im April 1969 begann Fini Seif ihre Arbeit als Sekretärin im Sekretariat des Zentralkomitees der KPÖ; eine Tätigkeit, die sie bis in die frühen 1990er Jahre für den Bundesvorstand der Partei fortsetzte. Bis zuletzt war sie eine Aktivistin der KPÖ Favoriten, deren Bezirksleitung sie über viele Jahrzehnte angehörte. Am 38. Parteitag der KPÖ, der im Juni 2021 in Wien stattfand, wurde Fini Seif für ihre Jahrzehnte lange unermüdliche Mitarbeit gewürdigt.

Fini war seit der Gründung der *Alfred Klahr Gesellschaft* im Jahr 1993 ohne Unterbrechung als ehrenamtliche Mitarbeiterin und Mitglied unseres Vorstands aktiv. Bis vor wenigen Jahren hat sie sich um den Bürobetrieb der Gesellschaft in der Drechslergasse und um laufende Vereinsangelegenheiten gekümmert.

Von Wien ins nirgendwo

Eine Online-Dokumentation über die Nisko-Deportationen 1939

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) führt seit 2018 das Projekt „Das Schicksal der ersten von Wien ins besetzte Polen deportierten Juden: Nisko-Online-Edition“ durch, welches auf zwei forschungsleitende Aspekte fokussiert: Zum einen die Erschließung von – über die bislang in Publikationen zu Nisko veröffentlichten Dokumente hinausgehenden – Quellen zur Nisko-Aktion. Dafür wurden ausgewählte Dokumente, die vor allem den Leidensweg der Deportierten und deren persönliche Verfolgungsgeschichte im Blick haben, für eine frei zugängliche Online-Edition aufbereitet.

Zum anderen das Sichtbarmachen des Schicksals der Deportierten. Dabei standen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt: Wer waren die Männer der beiden Nisko-Transporte? Welches Schicksal verbirgt sich hinter den nüchternen Namensreihen in den Transportlisten? Wie waren die Erfahrungen der Deportierten vor Ort? Welche Geschehnisse, die sich im Grenzgebiet zwischen Nisko am San und der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie ereigneten prägten die Erinnerung der Vertriebenen? Gab es eine Kommunikation der Deportierten mit ihrer Heimat und wie gestaltete sich diese mit der IKG Wien?

Historischer Hintergrund

Die so genannte Nisko-Aktion war ein maßgeblich von Adolf Eichmann konzipiertes, von den 1938 in Wien und 1939 in Prag eingerichteten Zentralstellen für jüdische Auswanderung durchgeführtes Experiment. Es war der erste Versuch der Zwangsumsiedlung von Juden in ein Territorium außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches.

Die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch den Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen und die damit verbundene deutsche Expansionspolitik in den Osten hatte die Möglichkeiten zur weiteren Flucht und Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich beschränkt. Im Reichssicherheitshauptamt in Berlin war dadurch – als mögliche Alternative zum „Madagaskar-Plan“¹ – die Idee der Schaffung eines „jüdischen Siedlungsgebietes“ zwischen

den Flüssen Weichsel und Bug in Polen entstanden. Nach dem in Ergänzung zum Nichtangriffspakt abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Grenzvertrag vom 28. September 1939, in dem die Sowjetunion überraschend die Wojewodschaft Lublin den Deutschen überließ, konzentrierte sich auf diesen südöstlichen Teil des späteren Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete die Vorstellung des Reichsführers SS Heinrich Himmler, hier eine Art „Reichsghetto“ für Juden und Jüdinnen einzurichten.² Im Fokus der Nisko-Aktion standen letztlich Juden aus dem annektierten Österreich (der „Ostmark“) sowie aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ und aus dem an das Deutsche Reich angeschlossenen polnischen Ost-Oberschlesien (von hier erfolgten Transporte aus Ostrava/Mährisch Ostrau und Katowice/Kattowitz).

Am 10. Oktober 1939 wurde Josef Löwenherz, der Amtsleiter der IKG Wien, zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung in die Prinz-Eugen-Straße beordert. Er erhielt den Auftrag, 1.000 bis 1.200 „auswanderungs- und arbeitsfähige Männer“ für den Aufbau eines Durchgangslagers für ein künftiges „Judenreservat“ im Südosten des Distrikts Lublin bereitzustellen. Später sollten von dort die anzusiedelnden jüdischen Familien verteilt werden, wozu es jedoch nie kam.³ Dem Transport angehören sollten vor allem mittellose und aus armen Verhältnissen stammende „Handwerker aller Art, insbesondere Tischler, Zimmerleute und Techniker“ und zehn Ärzte mit ihrem medizinischen Equipment, sowie „zehn Juden, die über Organisationsfähigkeiten verfügen“.⁴ Die für die Transporte vorgesehenen Männer sollten Werkzeug zur Holzverarbeitung mitnehmen, außerdem warme Kleidung, Arbeitskleider, Spirituskocher und Verpflegung für drei bis vier Wochen. Das persönliche Reisegepäck durfte 50 Kilogramm nicht überschreiten.

Der Wiener Kultusgemeinde gegenüber erweckten Eichmann und seine Mitarbeiter den Eindruck, im Ansiedlungsgebiet im besetzten Polen gäbe es leere, ehemals jüdische Dörfer und die Handwerker des ersten Transports würden nach der Errichtung des Barackenlagers

auf diese Dörfer aufgeteilt werden, um mitzuhelfen, weitere Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen. Eichmann versprach, die „Umgesiedelten“ könnten sich eine neue Existenz aufbauen. Für ihre vorläufige Unterbringung und Verpflegung würde gesorgt werden.

Sammelpunkt der Wiener Transporte war der Aspangbahnhof, wo Personenwaggons sowie Güterwaggons für das große Gepäck bereitstanden. Die Züge fuhren über Ostrava nach Nisko. In Ostrava wurden weitere Güterwaggons mit Bauholz, Lebensmitteln und Ausrüstungsgegenständen für die Wachmannschaft an den Zug angekoppelt.

Nach der Ankunft auf dem Bahnhof von Nisko mussten die Deportierten über eine Behelfsbrücke nach Zarzecze und andere Dörfer auf dem gegenüberliegenden San-Ufer marschieren. Von beiden Wiener Transporten wurden nur wenige Personen zum Bau des Barackenlagers zurückbehalten. Das Lager umfasste schließlich u.a. fünf Wohnbaracken, eine Küche, eine Lagerbäckerei sowie eine Ambulanz. Außerdem gab es ein Blockhaus für das Lagerkommando, ein Gebäude für die SS-Wachmannschaft und Pferdestallungen.⁵

Als Leiter der jüdischen Selbstverwaltung setzte die SS den aus Ostrava stammenden Emil Eisler ein, der von den Deportierten ehrfurchtsvoll „Professor“ genannt wurde; im Februar 1940 gestattete ihm die SS die Ausreise nach Schweden. Im Nachbardorf Pysznica erlaubte die SS die Errichtung einer Spitals- und „Labe-station“ für über 200 Vertriebene, die vom Wiener Ernst Kohn (Kolm) geleitet wurde. Dort fanden einige Wiener Juden Aufnahme. Eine weitere Außenstelle für 40 Deportierte durfte einige Kilometer flussaufwärts, im Ort Ulanów, eingerichtet werden.

Der Großteil der Männer des ersten Transports wurde allerdings durch Schreckschüsse verjagt. Viele Vertriebene, die ihr Gepäck zurücklassen mussten, oder von polnischen und ukrainischen Banden ausgeraubt wurden, irrten wochenlang im Gebiet zwischen den Flüssen San und Bug umher, einige Gruppen waren über Janów Lubelski nach Lublin unterwegs und versuchten, sich quer durch das Lubliner Gebiet bis nach

Belzec, nahe der Demarkationslinie zur Sowjetunion, durchzuschlagen. Einige fanden Aufnahme bei der jüdischen Bevölkerung in den Kleinstädten des Distrikts. Die meisten versuchten, sich über die Demarkationslinie in den sowjetisch besetzten Teil Ostpolens in Sicherheit zu bringen bzw. wurden von der SS über die Grenze getrieben. Dies traf auf rund 1.300 der aus Wien Deportierten zu. Sie reihten sich in die nach Hunderttausenden zählenden Flüchtlinge ein, die zwischen September 1939 und der Schließung der Grenze durch die sowjetischen Behörden Ende 1939 dem deutschen Besatzungsregime in Polen zu entkommen versuchten. Ihr erster Zufluchtsort war in der Regel die nunmehr sowjetische Stadt Lemberg/Lwiw. Von dort aus konnten sie Telegramme nach Wien schicken, andere schrieben aus verschiedenen Orten im Distrikt Lublin verzweifelte Briefe in ihre Heimat. Die Briefe, von denen einige für die Online-Edition ausgewählt wurden, dokumentieren neben der Beschreibung der elenden Lebensbedingungen darüber hinaus aber auch das tiefe Unverständnis der Betroffenen über die vermeintliche Untätigkeit der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde. Diese hatte allerdings weit weniger Möglichkeiten, Unterstützung für die nach Polen Deportierten zu organisieren, als die Kultusgemeinde von Ostrava, da der Bewegungsspielraum der jüdischen Bevölkerung im „Protektorat“ damals noch nicht so rigoros eingeschränkt war wie im annektierten Österreich. Die aus Ostrava Deportierten teilten mit jenen aus Wien Lebensmittel, Bekleidung und Geld, das sie von zu Hause empfangen hatten. Im Laufe des Jahres 1940 versandte die Wiener IKG Fragebögen, die Angehörige dazu nutzen konnten, für die Eruiierung des Aufenthaltsorts von Nisko-Deportierten, die in die UdSSR geflüchtet oder vertrieben worden waren, zweckdienliche Angaben zu machen.

Im Frühjahr 1940 verlangten die sowjetischen Behörden von allen Flüchtlingen aus Polen, die keine Personalpapiere vorweisen konnten (was auf den Großteil der Nisko-Deportierten zutraf, denen die persönlichen Dokumente schon während des Transports von Wien nach Nisko abgenommen worden waren), im Zusammenhang mit der administrativen Eingliederung der früheren polnischen Gebiete in die Sowjetrepubliken Weißrussland und Ukraine, die Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft. Jene, die sich weigerten, wurden als „unerwünschte Ausländer“ eingestuft und

die meisten von ihnen ab Mai 1941 in Internierungslager – die meisten nach Karaganda bzw. Archangelsk – verschickt.

Der Historiker Jonny Moser nimmt in seiner Pionierstudie über die „Nisko-Aktion“ an, dass von den ca. 1.350 über die sowjetische Demarkationslinie vertriebenen bzw. geflüchteten Männern ca. 1.000 den schlechten Lebensbedingungen in den Internierungslagern zum Opfer gefallen sein dürften. Jene, die die sowjetische Staatsbürgerschaft angenommen hatten und in Lemberg geblieben waren, wurden nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 Opfer der deutschen Massenmordaktionen.

„Völkische Flurbereinigung“

Ursprünglich plante Adolf Eichmann, zeitnah zu den ersten beiden Transporten einen dritten Transport nach Nisko, nunmehr auch mit Frauen und Kindern – teilweise Angehörige der in den beiden ersten Transporten Deportierten – zu verschicken. Die jüdischen Transport- und Waggonleiter mussten sich am 30. Oktober 1939 mit Gepäck am Aspangbahnhof einfinden. Am 1. November 1939 verlautbarte die Israelitische Kultusgemeinde, dass der Zug am Samstag, den 4. November, abgehen würde. Bereits einen Tag zuvor hatten sich alle eingeteilten knapp 750 Personen mit Gepäck in einem Sammellager im ehemaligen Obdachlosenheim in der Gänsbachergasse 3, nahe dem Aspangbahnhof, einzufinden. Die Abfertigung des dritten Transports wurde aber – nachdem er insgesamt viermal verschoben worden war – gestoppt, denn Eichmann erhielt den Befehl, die Aktion abubrechen: Verwaltungstechnische Schwierigkeiten vor Ort trugen dazu ebenso bei wie andere Umsiedlungspläne in den „Reichsgau Wartheland“,⁶ die Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich sowie der Widerstand der Sowjetunion gegen die Austreibungen. Die meisten der für den dritten Transport vorgesehenen Juden und Jüdinnen blieben bis Februar 1940 interniert. Sie wurden getrennt nach Geschlechtern in zehn Zimmern in der Gänsbachergasse untergebracht. Die Kinder blieben bei den Frauen. Die hier angehaltenen Menschen befanden sich in einer verzweiferten Lage angesichts der Unsicherheit, ob, wann und wohin sie transportiert werden würden.

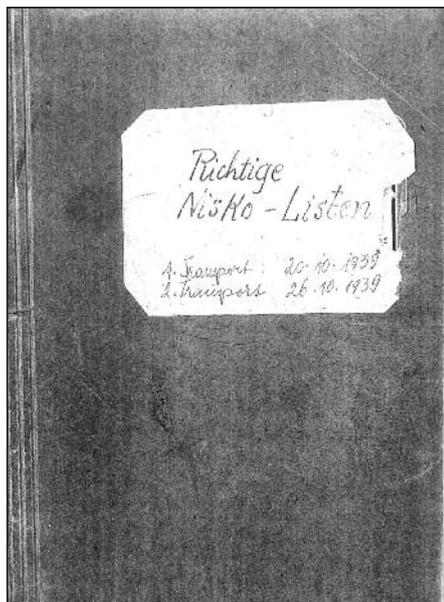
Im April 1940 wurde das Barackenlager beim Dorf Zarzecze aufgelöst und die Überlebenden aus diesem Lager und den Außenstellen Pysznica und Ulanów (unter ihnen 198 Wiener Juden) durften

nach Hause zurückkehren.⁷ Diese Reatriierung war ein in der Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte der NS-Herrschaft einzigartiger Vorgang.

Bei der Nisko-Aktion war die individuelle oder kollektive physische Vernichtung zwar noch nicht das primäre Ziel, jedoch ein ohne weiteres in Kauf genommener Nebeneffekt der Bestrebungen, die „Ostmark“ und andere Territorien „judenfrei“ zu machen. Adolf Eichmann hatte zuvor die Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien und Prag aufgebaut und es war dies eine günstige Gelegenheit für ihn, sich als Organisator der Judenverfolgung zu profilieren. Die Nisko-Aktion war eine der zentralen Stationen auf dem Weg zum Holocaust. Während Eichmanns Planung mit der Ankunft in einer polnischen Bahnstation und der raschen Passage durch ein zu errichtendes Durchgangslager, das Lager Nisko, endete,⁸ halfen die dabei gewonnenen Erfahrungen bei der Planung der späteren Mordaktionen.

Obwohl die beiden Nisko-Transporte vom Wiener Aspangbahnhof am 20. und 27. Oktober 1939 in technischer Hinsicht Deportationszüge waren, gehörten sie ebenso wenig wie die zwischen 15. Februar und 12. März 1941 gleichfalls vom Aspangbahnhof abgegangenen fünf Transporte nach Opole, Kielce, Modliborzyce und Ostrowiec Świętokrzyski (mit den Zielorten Łagów und Opatów) zur Kategorie jener Deportationen, die den direkten Weg in die Vernichtung darstellten. Sie waren vielmehr Teil der Versuche des NS-Regimes, die „völkische Flurbereinigung“ (deren wichtigstes Instrument in Bezug auf die jüdische Bevölkerung des Reichs damals noch die „freiwillige“ Ausreise war) mittels Ausweisungen und Vertreibungen voranzubringen. Diese Methode musste scheitern, weil die für die Versorgung der Juden und Jüdinnen verantwortlich gemachten BewohnerInnen der Kleinstädte in Polen und die dortigen jüdischen Gemeinden davon völlig unvorbereitet getroffen wurden und mit der Aufgabe vollkommen überfordert waren.⁹

Mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Sommer 1941 und der Vollmacht zur „Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage“ im gesamten deutschen Machtgebiet von Hermann Göring an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich vom 31. Juli 1941 wurden die Weichen für die organisierte Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung im besetzten Europa



Deckblatt der Transportlisten (Kopie im DÖW-Akt 22.142)

gestellt. Die Deportationen vom Wiener Aspangbahnhof in die Ghettos und Konzentrationslager im „Osten“ begannen am 15. Oktober 1941. Binnen zwei Wochen wurden fast 5.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder abtransportiert. Mit der Wannseekonferenz vom 20. Jänner 1942 stellten die nationalsozialistische Reichsregierung und die SS unter dem Vorsitz von Reinhard Heydrich die organisatorischen und koordinatorischen Weichen für die Durchführung der „Endlösung der Judenfrage“.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung erwarb jedoch schon mit der Nisko-Aktion jenes Know-how, das sie in die Lage versetzte, aus einer Koordinierungsstelle für Auswanderung zu einer Koordinierungsstelle für Deportationen zu werden und schließlich die Massentransporte zu den Vernichtungsstätten effizient und nahezu reibungslos durchzuführen.

DÖW-Kooperationsprojekt

Das DÖW-Projekt wurde in Kooperation mit der von der Europäischen Union finanzierten Forschungsinfrastruktur *European Holocaust Research Infrastructure* (EHRI) durchgeführt. Die Vorteile der Online-Edition gegenüber einer analogen Publikation bestehen in erster Linie darin, dass durch Verschlagwortung und Georeferenzierung nicht ausschließlich einem eindimensionalen thematischen oder chronologischen Muster gefolgt werden muss, sondern durch verschiedene Suchfunktionen jederzeit auch nach spezifischen thematischen oder räumlichen Interessen gefiltert werden kann. Darüber können zusätzlicher Ele-

mente wie Karten und Annotationen der Dokumente integriert werden. Eine interessierte Öffentlichkeit findet so Zugang zu einem weitgehend unbekanntem Thema, Forschenden bieten sich Dokumente und Hinweise für ihre Arbeiten.

Der Schwerpunkt der Online-Edition wurde auf die Auswahl von Dokumenten gelegt, welche die Verfolgung der Opfer widerspiegeln: Die meisten von ihnen liegen in Kopie im IKG-Archiv in Wien. Die Originale befinden sich in den *Central Archives for the History of the Jewish People* in Jerusalem. Das CAHJP stellte dem DÖW Originalscans der Korrespondenzen mit der IKG Wien betreffend die „Polentransporte“ zur Verfügung: darunter ein Merkblatt für die bevorstehenden Transporte nach Polen, Briefe von nach Nisko deportierten und in der Sowjetunion Vertriebenen an die IKG mit der dringenden Bitte um materielle und finanzielle Unterstützung sowie die Möglichkeit der Ausreise, außerdem die Korrespondenzen zwischen den Kultusgemeinden Wien und Mährisch-Ostrau betreffend die medizinische Versorgung der Deportierten.

Weiters für die Online-Edition ausgewählt wurde eine in der Zeitung des KZ-Verbands im November 1947 abgedruckte Liste von Heimkehrern der Nisko-Transporte. Das DÖW verfügt über Originaldokumente sowie Kopien von Dokumenten beispielsweise der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, die ebenfalls in der Online-Edition angesehen werden können. Darüber hinaus wurden Dokumente aus dem *United States Holocaust Memorial Museum* (USHMM), aus dem Yad Vashem Archiv, aus dem Slowakischen Nationalarchiv sowie dem Wiener Stadt- und Landesarchiv (vor allem Erinnerungen von Deportierten aus den Opferfürsorgeakten) und Strafakten des Landesgerichts Wien in die Online-Edition miteinbezogen.

Die bislang erschienenen Arbeiten zu Nisko beinhalten keine umfassende Auflistung der deportierten Männer und keine tiefgehenden biografischen Angaben zu den einzelnen Vertriebenen. Dieses Desiderat wurde im Online-Projekt in Form einer Verlinkung mit der Opferdatenbank des DÖW geschlossen. Das Augenmerk lag dabei auf jenen Personen, die im April 1940 nach Wien zurückgekehrt waren. Viele von ihnen wurden zu einem späteren Zeitpunkt von hier aus in die nationalsozialistischen Vernichtungsstätten deportiert und ermordet. Ihr Schicksal ist nun mithilfe der Online Edition rekonstruierbar. Durch

eine Verlinkung mit der DÖW-Opferdatenbank sind neben den Basisdaten Vor- und Zuname und Geburtsdatum auch die letzte Wohnadresse in Wien, die Deportationsorte, Deportationsdaten, Sterbedaten sowie eventuelle weitere Deportationsziele nachvollziehbar.

Das Schicksal jener, die über die Demarkationslinie in die Sowjetunion vertrieben wurden, war nicht Gegenstand dieses Projekts, sondern bleibt einem künftigen transnationalen Vorhaben vorbehalten. Dennoch konnten einige der Schicksale zumindest teilweise rekonstruiert werden. Rund 80 von ihnen gelang es, dank der Bemühungen des „Wanderungsreferats“ der IKG in den ersten Nachkriegsjahren nach Wien zurückkehren. Bei den meisten der übrigen mehr als 1.000 Männer ist ungewiss, ob sie im nationalsozialistischen Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete an Hunger und Krankheiten zugrunde gingen, ob sie von den Nationalsozialisten nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion in Lemberg oder einem anderen Zufluchtsort in den besetzten Gebieten der Sowjetunion ermordet wurden, ob sie als Häftlinge oder Zivilinternierte in einem sowjetischen Lager starben oder ob sie überlebten und nach 1945 in der Sowjetunion blieben.

Drei Transportlisten

Eine besondere Herausforderung bei der Erfassung bzw. Überarbeitung der erfassten Namen der Nisko-Opfer stellten unterschiedlichen Versionen der Nisko-Transportlisten dar. Sie wurden im Oktober 1938 von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien unter Zwang zusammengestellt und durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung ergänzt. Kopien der Listen befinden sich im DÖW und im Österreichischen Staatsarchiv. Aus ihnen geht hervor, dass am 20. Oktober 1939 mehr als 900 Männer (in den meisten Quellen wird die Zahl von 912 Deportierten genannt) und am 27. Oktober 1939 mutmaßlich 672 Männer den Wiener Aspangbahnhof Richtung Nisko am San verließen.

Für den ersten Transport existieren zwei Listen. Die erste der beiden Versionen (die sogenannte „ursprüngliche Liste“) wird in einer Mappe mit der Bezeichnung „Richtige Nisko-Listen“ aufbewahrt. Sie enthält die fortlaufende Nummer, Name, Vorname, Beruf, Adresse und Geburtsdatum der Deportierten. Am Ende jedes Namenseintrags stehen, in Handschrift, die Waggonnummer von 1 bis 16 und Sitzplatznummer



(pro Waggon sind das zwischen 48 und 69 Plätze). Die im Archiv von Yad Vashem aufbewahrte Abschrift, welche von Mečislav Borák als Faksimile publiziert wurde,¹⁰ ordnet die Namen nicht nach Waggon- und Sitzplatz-Nummer, sondern alphabetisch. Es fehlen die fortlaufende Nummer, die Angabe des Berufs und der Adresse. Während die ursprüngliche Liste 1.011 fortlaufend nummerierte Namen enthält (von denen allerdings zahlreiche durchgestrichen sind, obwohl ein Sitzplatz vergeben wurde), weist die alphabetische Abschrift im Archiv von Yad Vashem 945 Namen auf. In beiden Versionen finden sich handschriftliche Vermerke, in der ursprünglichen Liste wesentlich mehr als in der Abschrift, darunter auch solche, die erst nach 1945 hinzugefügt wurden.

Die zweite der beiden Listen des ersten Transports trägt die Bezeichnung „Nachtrag zur Teilnehmer-Liste des am 20. Oktober 1939 abgehenden Transportes“. Sie ist nach 669 fortlaufenden Nummern geordnet und enthält Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Heimatort, Staatsangehörigkeit sowie, jeweils beim ersten Namen, die Waggon-Nummer (von 5 bis 15). Die alphabetisch geordnete Abschrift im Archiv von Yad Vashem trägt zwar ebenfalls den – nachträglich handschriftlich hinzugefügten – Titel „Nachtrag zur Teilnehmer-Liste des am 20. Oktober 1939 abgehenden Transportes“, weist aber nur 64 Namen auf. Die beiden Listen des ersten Transports enthalten also in der ursprünglichen Version 1.680, in der Abschrift 1.009 Namen. Es gibt keine Überschneidungen der beiden Versionen. Welche 912 Personen tatsächlich am 20. Oktober 1939 deportiert wurden, lässt sich aus diesen Listen nicht ablesen.

Demgegenüber sind die Namen der Deportierten des zweiten Transports (27. Oktober 1939) mit wenigen Ausnahmen unstrittig. Die Liste liegt ebenfalls in der Mappe „Richtige Nisko-Listen“ und stimmt mit der im Archiv von Yad Vashem verwahrten Abschrift überein. Sie enthält 672 Namen mit Vornamen und Geburtsdatum; bei einem Namen fehlen Vorname und Geburtsda-

tum. Einige wenige Namen sind durch handschriftliche Vermerke ergänzt, die auf die Rückkehr oder ein sowjetisches Lager verweisen. In mehreren Publikationen wird die Zahl von 669 Deportierten des zweiten Transports genannt, was zwar plausibel wäre, da es auch bei späteren Deportationen vorkam, dass Namen im letzten Moment von der Liste gestrichen wurden, wofür es aber keine archivalischen Belege gibt. Vermutlich ist die Zahl aber auf eine Verwechslung zurückzuführen, da, wie erwähnt, die zweite Liste des ersten Transports 669 Namen aufweist.

Trotz intensiver Recherchen war es im Rahmen dieses Projekts nicht möglich, eine valide Namensliste des ersten Transports zu erstellen. Durch einen Abgleich mit anderen Datenbanken des DÖW und gezielten, umfangreichen Nachforschungen zu den einzelnen Personen konnte jedoch eine annähernd korrekte Namensliste der Deportierten erstellt werden, die nun in der Online-Edition erstmals öffentlich abrufbar ist.

www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte/nisko-online-edition-daschicksal-der-ersten-von-wien-ins-besetzte-polen-deportierten-juden
<https://nisko-transports.ehri-project.eu>

Anmerkungen:

1/ Siehe Hans Jansen: Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar, München 1997, S. 276ff.

2/ Siehe u.a. Seev Goshen: Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der „Endlösung“, in: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte*, 29. Jg. (1981), Nr. 1, S. 74–96, hier S. 79.

3/ Vgl. Winfried R. Garscha: Deportation nach Polen. Die Verschickung von Wiener Juden und Jüdinnen ins Generalgouvernement, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 61. Jg. (2017), Nr. 3, S. 232–247, hier S. 237ff.

4/ Jonny Moser: Nisko. Die ersten Judendeportationen. Wien 2012, S. 37ff.

5/ Ebd., S. 87.

6/ Garscha: Deportation nach Polen, S. 239.

7/ Herbert Rosenkranz: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–

1945. Wien 1978, S. 216ff.

8/ Goshen: Nisko-Aktion, S. 95.

9/ Garscha: Deportation nach Polen, S. 244f.

10/ YVA, Group 30, File No. 81, Doc. 030/25; Mečislav Borák: The First Deportation of the European Jews: The Transports to Nisko Nad Sanem (1939–1940). Opava 2010, S. 291–307.

Aktenvermerk der Zentralstelle für jüdische Auswanderung betreffend die Besprechung zur ersten „Umsiedlungsaktion“ nach Polen

Am 16.10.1939 fand in der Zentralstelle [...] eine Besprechung statt, wo Herr Dr. Becker von der Gauleitung [...] erklärte, dass SS-H’Stuf. Eichmann vom Gauleiter Bürckel persönlich sämtliche Vollmachten für die Umsiedlungsaktion nach Polen erhält und sogar gebeten hat, die Umsiedlung von Wien aus beschleunigt durchzuführen. Herr Dr. Becker erklärte, dass er jedwedes bürokratische oder sonstige Hindernis (Zusammenstellung der Züge, Aufstellung einer Begleitmannschaft durch die Schupo, Lebensmittelbeschaffung, Erfassung der Juden und Abstellung von Hilfskräften des Wohnungsamtes) auf kurzem Wege über Gauleiter Bürckel zu Gunsten der Umsiedlung aus dem Wege räumt. [...]

Herr Dr. Becker bat um Zusendung einer Kartei pro Transport der nach Polen übersiedelnden Juden, um über die Wohnungen entsprechend zu verfügen und die nötigen Massnahmen gegen ein event. einsetzendes wildes Arisieren zu verhindern. Weiter sprach Herr Dr. Becker noch, dass der gesamte Realbesitz der Wiener Juden einer Treuhandgesellschaft zu übergeben wäre, die die entsprechenden Zahlungen an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung leistet, um ebenfalls ein überstürztes Arisieren des jüdischen Hausbesitzes zu verhindern. [...]

Weiter versprach Herr Dr. Ebner, seinen ganzen Apparat auf die Umsiedlung abzustellen und bei der Erfassung der Juden entsprechende Massnahmen zu treffen. Er bat auch, beim 2. Transport die verhafteten staatenlosen Juden vorzunehmen, ebenso auch die im KZ befindlichen sofort anzuschließen.

Jonas Vogt: *Der Kernöl-Kommunismus. Wo der Erfolg der steirischen KPÖ herkommt und wo sie hin will. Eine Biografie.* o.O. [Unteraichwald]: Ampuls Verlag 2022, 144 S., 24,90 Euro

Nachdem 2019 mit einem Beitrag von Manès Weisskircher im *Cambridge Journal Government and Opposition* erstmals eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Aufstieg der steirischen und Grazer KPÖ publiziert wurde (der Beitrag ist auch online abrufbar), erschien im Dezember letzten Jahres mit Jonas Vogts „Biografie des Kernöl-Kommunismus“ ein auf eine breitere LeserInnenschaft ausgelegtes Werk. Was Vogt bietet, ist eine kurzweilige, interessante und unvoreingenommene Außen-sicht auf die KPÖ Steiermark.

Der Autor – er arbeitet als freier Journalist – beginnt seine Darstellung mit dem 26. September 2021, dem Wahlabend, der GegnerInnen wie KommentatorInnen, am meisten aber die Grazer KommunistInnen selbst, überraschte: Mit 28,8 Prozent verdrängte die KPÖ die seit 2003 den Bürgermeister stellende ÖVP, die um fast zwölf Prozent auf 25,9 Prozent abstürzte, von Platz eins. Elke Kahr wurde die erste Frau und die erste Kommunistin an der Spitze der zweitgrößten Stadt Österreichs. Kompakt schildert Vogt die Ursachen und Wirkungen dieses Wahlergebnisses.

„Wie Elke Kahr wurde, was sie ist“ heißt das zweite Kapitel, das nicht nur den Lebensweg der Grazer Bürgermeisterin nachzeichnet, sondern zeigt, wer und was sie zu dem Menschen gemacht hat, der sie ist. Ihre unbürokratische und für viele unkonventionelle Arbeitsweise wird ebenso beleuchtet wie ihre Empathie und Hartnäckigkeit. Es folgen historische Abrisse über die KPÖ von ihrer Gründung bis zur Befreiung vom Faschismus bzw. von 1945 bis zur Implosion der sozialistischen Staatengemeinschaft. Konzise dargestellt werden auch die entscheidenden Beiträge, die KommunistInnen zur Geschichte des Bundeslands und der Zweiten Republik geleistet haben.

Einen Einblick in die harte Aufbauarbeit in Graz gibt ein Interview mit Ernest Kaltenegger, der, als die KPÖ Ende der 1980er den letzten Sitz im Grazer Gemeinderat zu verlieren drohte, die Wohnungsfrage in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik der Partei rückte. Die Frage, die KommunistInnen seit Friedrich Engels beschäftigt, wurde zum Markenkern und Kaltenegger zur media-

len Symbolfigur, die die KPÖ 2003 erstmals zu 20 Prozent bei den Gemeinderatswahlen in Graz und 2005 mit vier Mandaten wieder in den steiermärkischen Landtag führte.

Dass Elke Kahr und die Grazer KommunistInnen bis in die *New York Times* für Aufsehen sorgen, lässt zu oft in Vergessenheit geraten, dass die KPÖ auch in der industriell geprägten Obersteiermark seit Jahrzehnten ein beständiger Faktor mit konkretem Gebrauchswert ist und außerhalb der Landeshauptstadt aktuell eine Vizebürgermeisterin, acht StadträtInnen und 39 GemeinderätInnen sowie zwei Landtagsabgeordnete stellt. Vogt streift in einem eigenen Kapitel den vielfältigen konkreten Einsatz in Bewegungen und Gemeindestuben, die diesen Erfolgen zugrunde liegen. Immer wieder streicht er hervor, wie wichtig es für die KPÖ ist, im Alltag der Menschen greif- und von den anderen Parteien unterscheidbar zu sein, konkrete Unterstützung aber auch Perspektiven anzubieten.

Auch auf das unbeirrte Festhalten an ihrem marxistischen Kompass und die theoretischen Fundamente, auf denen die praktische Arbeit aufbaut, wird ein Schlaglicht geworfen. Vogt sitzt nicht wie die allermeisten KommentatorInnen dem Irrglauben auf, die Erfolge stellten sich „trotz“ der ideologischen Grundhaltungen ein. Anhand der Sozialsprechstunden, der Arbeit in den Stadtteilen und der auf die Parteimaxime der Bolschewiki zurückgehenden Gehaltsobergrenze für FunktionärInnen weist er nach, dass sie sehr wohl in der kommunistischen Weltanschauung wurzeln, mit der die KPÖ jedoch nicht exegetisch oder dogmatisch umgeht, sondern sich als ständig lernende Partei begreift.

Besonders seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine rückten die internationalen und friedenspolitischen Positionen der KPÖ in den Fokus eines breiteren öffentlichen Interesses – und ins Fadenkreuz ihrer politischen GegnerInnen. Ohne sie weiter zu werten, schildert Vogt die damit verbundenen politischen und medialen Aufreger. Auch dass sich die Partei schon lange und eingehend mit den dunklen Seiten der kommunistischen Weltbewegung und ihrer Vergangenheit auseinandersetzt, wird vom Autor konstatiert und anerkannt.

Ein Rückblick auf das – alles andere als einfache – erste Jahr der dunkelrot-grün-roten Koalition zeigt sowohl das Erreichte als auch die Möglichkeiten und Grenzen fortschrittlicher Kommunalpolitik. Allen wenig wohlwollenden Pro-

gnosen und gegnerischen Hoffnungen zum Trotz existiert die neue Stadtregierung noch und nutzt die vorhandenen Spielräume – auch wenn ein anfangs nicht so deutlich sichtbarer Schuldenberg, der in 18 Jahren ÖVP-Bürgermeisterschaft aufgehäuft wurde, diese deutlich einengt. Das Buch schließt mit einem Ausblick, in dem die Unwägbarkeiten und Gefahren benannt werden.

Vieles, was JournalistInnen seit dem Wahlerfolg 2021 über die steirische KPÖ verfasst haben, bleibt an der Oberfläche oder kann getrost unter „Viel Meinung, wenig Ahnung“ verbucht werden. Bei der Publikation „Kernöl-Kommunismus“ ist das anders. Jonas Vogt ist kein Kommunist. Er bietet Einblicke eines Außenstehenden. Sein Buch ist übersichtlich und kurzweilig, vielleicht da und dort etwas ungenau, und wird bei KommunistInnen auch Ein- und Widerspruch hervorrufen.

Doch auch als steirischer Kommunist ist festzuhalten: Die Lektüre macht Spaß, weil man sieht, wie man von außen gesehen wird, ohne oberlehrerhaft benotet zu werden. Vogt zeichnet den Weg des Aufstiegs einer Partei nach, die in Theorie und Praxis damit ringt, den Ansprüchen an eine kommunistische Partei gerecht zu werden – und verweist dabei auf Möglichkeiten, auch andernorts an die Erfahrungen anzuknüpfen.

HANNO WISIAK

Dieter Reinisch: *Terror. Eine Geschichte der politischen Gewalt.* Wien: Promedia Verlag 2022, 192 S., 22 Euro

Wenn man heute von „Terrorismus“ spricht und hört, denkt man wohl in erster Linie an fundamentalistische Islamisten wie Al-Qaida und Da'esh oder etwa an die Äußerungen reaktionärer bürgerlicher PolitikerInnen, die Klima-AktivistInnen als „Terroristen“ bezeichnen, weil sie, um den Klimawandel zu stoppen, Wälder und Autobahnen besetzen. Terrorismus und TerroristInnen werden mit Gewalt und einer falschen Moral assoziiert, die für ihre Ziele und Ideale bis ans Äußerste gehen. Diese Zuschreibungen erfüllen dabei selten wissenschaftliche Standards, sondern bemühen vielmehr einen emotionalen, verurteilenden Ton. Dass der Begriff keine einheitliche Definition hat, macht ihn nicht nur in der Anwendung sehr flexibel, sondern auch problematisch. So wird der Begriff selten von TerroristInnen selbst benutzt, sondern immer von jenen, die den Terrorismus bekämpfen

und ihn dabei nicht selten als Rechtfertigung nutzen, um selbst Gewalt anzuwenden. Um eigene geostrategische oder politische Interessen zu verfolgen, werden nicht nur Gruppen, sondern ganze Staaten des Terrorismus bezichtigt, wie es besonders nach dem 11. September 2001 zu beobachten war. Dass nicht alles Terrorismus ist, was so bezeichnet wird, ist dabei ebenso unstrittig wie die Tatsache, dass vieles, was nicht als Terrorismus bezeichnet wird, Terrorismus ist. Zu dieser komplexen und hochaktuellen Thematik veröffentlichte Dieter Reinisch das Werk „Terror“, das 2022 im Wiener *Pro-media Verlag* erschienen ist.

Dieter Reinisch ist Historiker und Journalist, der sich vor allem mit dem Nordirland-Konflikt beschäftigt und dazu bereits einige Bücher und auch Beiträge (darunter in den Tageszeitungen *junge Welt* und *Neues Deutschland*) veröffentlicht hat. Der Nordirland-Konflikt ist ein Beispiel für Terrorismus, der in Reinischs Werk immer wieder aufgegriffen wird, um die dort aufgeworfenen Punkte mit Beispielen zu untermauern. Auf 186 Seiten bietet er einen kompakten Überblick zu verschiedenen Arten und Ausprägungen des Terrorismus. Zu Beginn stellt er fest, dass er nicht den Anspruch erhebt, eine „Gesamtdarstellung von Terrorismus“ zu schreiben, sondern ein „analytisches Buch“ für eine nichtakademische Leserschaft vorzulegen. Für Reinisch steht der „Aktions-sinn“ im Mittelpunkt, der ein „Akt der Anwendung politischer Gewalt“ sei. Dieser Fokus zieht sich durch das ganze Buch und kommt immer auf den kommunikativen Aspekt zurück: TerroristInnen nutzen den Terror, um ihr Anliegen mit der Gesellschaft oder der herrschenden Klasse zu kommunizieren. Das wird an verschiedenen Beispielen dargelegt, die sich von der Frühgeschichte des „Heiligen Terrorismus“ über den „Staatsterrorismus“ der Großen Französischen Revolution von 1789 bis zum linksnationalistischen und heutigen dschihadistischen Terrorismus festmachen.

Der Terrorismus ist nicht losgelöst von objektiven und subjektiven Bedingungen einer Gesellschaft, sondern immer als Reaktion darauf zu verstehen. In der heutigen Zeit wird der Terrorismus jedoch als moralische Zuschreibung verstanden, die nur jene vollziehen, die sich vom vermeintlich „demokratischen Diskurs“ verabschiedeten. Reinisch hingegen macht deutlich, dass der Terror schon immer ein Teil der Geschichte der Menschheit war und in unterschiedlichen Ausprä-

gungen zum Ausdruck kam. Der Terror ist dabei nicht auf eine einzelne Ideologie zurückzuführen, sondern findet sich sowohl im Anarchismus, im frühen Judentum als auch bei Bürgerlichen wieder, deren größte Wirkung die Große Französische Revolution war. Dass auch der Staat eine Form von Terrorismus anwenden kann, beschreibt Reinisch anhand des deutschen Faschismus. Doch auch heute setzen Staaten „immer noch selbst terroristische Handlungen gegen andere Staaten oder innerhalb des Staatsgebiets gegen die eigene Bevölkerung ein“. Als Beispiel nennt Reinisch die Ermordung des iranischen Generals der „iranischen Revolutionsgarden“ Qasem Soleimani am 3. Jänner 2020 durch das US-amerikanische Militär. Der Staatsterrorismus zeige sich jedoch nicht nur durch direkte Angriffe, sondern auch durch die Unterstützung von nicht-staatlichen Akteuren durch souveräne Staaten. Die unterschiedliche Verwendung des Begriffs „Terrorismus“ wird gerade in der arabisch-persischen Welt deutlich: Während die westliche Welt palästinensische Gruppen wie die Hamas oder die libanesische Hisbollah als „Terrorgruppen“ betitelt, werden sie von ihren Staaten als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet. Reinisch macht mehrmals deutlich, dass der kommunikative Aspekt auch einen subjektiven Charakter hat, der von verschiedenen AkteurInnen anders ausgelegt wird.

Dieter Reinisch präsentiert mit seinem Werk „Terror“ einen rundum gelungenen Überblick über die verschiedenen Ausprägungen des Terrorismus. Da er einen nüchternen Blick bewahrt, nicht die Moralkeule schwingt, sondern einen marxistisch-materialistischen Ansatz verfolgt, ist ihm ein Werk gelungen, das einen guten Einstieg in die komplexe Thematik liefert. Dass er immer wieder auf den Nordirland-Konflikt zu sprechen kommt, wirkt dabei nicht repetitiv, sondern ermöglicht ihm, die theoretischen Aspekte an einer konkreten und bis heute relevanten Konstellation anschaulich zu machen. Um nicht den Überblick über die vielen Gruppierungen, Parteien und Organisationen zu verlieren, die in seinem Buch erwähnt werden, gibt es im Buch ein Abkürzungsverzeichnis. Wer sich mit den Themen „Terror“ und „Terrorismus“ vertraut machen will und einen kompakten Überblick braucht, der sprachlich gut zugänglich und beispielreich belegt ist, wird mit Reinischs Werk nichts falsch machen können.

ELISA NOWAK

Diego Viga: Die Unpolitischen, herausgegeben und mit einem Nachwort von Erich Hackl. Wien: Edition Atelier, 696 S., 30 Euro

Der Roman „Die Unpolitischen“ von Diego Viga alias Paul Engel ist ein politisches Buch über Menschen, die die Zeiten von Faschismus, Verfolgung, Exil und Widerstand durchleben und doch ihrer Bürgerlichkeit und individuellen Sicht auf das Geschehen nicht entkommen können. Es beginnt 1931 in Wien und erzählt bis zur Befreiung vom Faschismus im Mai 1945 die Lebensgeschichte von Protagonisten aus dem bürgerlichen jüdischen Milieu, die nach einer universitären Ausbildung unter anderem als Mediziner versuchen, im Berufsleben Fuß zu fassen.

Der Roman gliedert sich in vier umfangreiche Kapitel, die programmatisch mit „Morgen vor dem Sonnenuntergang“, „Die Zwischenwelt“, „Totentanz“ und „Die neue Welt“ betitelt sind. Die Kapitel wiederum sind in Abschnitte gegliedert, in denen Engel insgesamt sieben Personen im Stil des inneren Monologs aus ihrem Leben erzählen lässt und es schafft, die einzelnen Abschnitte so zu gestalten, dass der ständige Perspektivwechsel am Ende zu einem zusammenhängenden Erzählstrang wird, der den Leser auf eine Zeitreise durch die Schreckensjahre des deutschen Faschismus mitnimmt und den Zusammenhang von Alltag und Grauen auf beklemmende Weise beschreibt.

Der in Wien geborene Engel schuf mit dem Roman eines der bedeutendsten Werke der deutschsprachigen Exilliteratur. Er lässt seine Protagonisten über Antisemitismus in Österreich berichten, lange bevor die Nazis Österreich besetzten. Der junge Mediziner Johannes Kramer erlebt permanente Rücksetzungen aufgrund seiner Religionszugehörigkeit und kann nur als unbesoldeter Hilfs- und Armenarzt arbeiten. Als kritisch denkender und fortschrittlich orientierter Mensch steht der dem Austrofaschismus ablehnend gegenüber, ohne politisch mobilisiert zu werden. Engel macht Kramer zum Augenzeugen des österreichischen Arbeiteraufstands, der als Arzt verwundete Arbeiter im städtischen Krankenhaus behandelt und als Linker unter seinen konservativen Kollegen ein klandestines Dasein fristet. Während der Behandlung darf er unter keinen Umständen seine Sympathie für die verwundeten Arbeiter zeigen, wo doch seine Ärztekollegen die Verwundeten am lieb-

sten einem Peloton der Heimwehr überantwortet hätten.

Mit der Annexion Österreichs erleben die Protagonisten den zur Staatsdoktrin erklärten Antisemitismus. Ihre persönlichen Schilderungen des Naziterrors in Wien, dem sie selbst, Familienangehörige und ihre jüdischen Mitmenschen ausgesetzt sind, machen den Schrecken, die fortgesetzten Demütigungen und die Ausweglosigkeit dieser Zeit auf bedrückende Art und Weise transparent. Engel hat mit dieser Passage ein überaus wichtiges Zeugnis über eine Zeit ablegt, als dem faschistischen Mob in Österreich freie Hand gelassen wurde und Menschen jüdischen Glaubens weder vor körperlicher Gewalt noch Mord geschützt wurden. Schon ein Klopfen an der Tür versetzt sie in Angst und Schrecken, schon der Blick eines Passanten auf der Straße kann im nächsten Augenblick einen Faustschlag nach sich ziehen.

Zu den berührendsten Abschnitten des Buches zählt die Geschichte von Josef Blaustern, der nach der Annexion Österreichs als Mensch jüdischen Glaubens verhaftet und zunächst in das KZ Dachau und anschließend in das KZ Buchenwald verschleppt wird. Dort wird er zum Tod durch Erhängen verurteilt. Engel erzählt Blausterns letzte Lebensminuten auf dem Weg zum Galgen auch hier in der Ich-Form und im Präsens, wodurch der Leser zu einem Teil der Handlung wird, die man nicht so schnell vergisst. Im anschließenden Abschnitt kommt ein weiterer Erzähler, der 17-jährige Jaques Wertheim, zu Wort, der wie Blaustern im KZ inhaftiert ist und über Blausterns Ermordung als Augenzeuge berichtet. Beide Erzählabschnitte sind ein schockierendes Denkmal für die unzähligen Opfer des Faschismus und gehören zu dem Ergreifendsten der an ergreifenden Schilderungen so überreichen Exilliteratur.

Im Mittelpunkt des Romans steht das Exil in Kolumbien, wo sich die Überlebenden in Bogotá wieder zusammenfinden. Auf dem Weg dorthin erzählen sie von ihren Visaproblemen, Schiffspassagen, Einreiseverboten, dem Tod von Mitreisenden, von einem Rücktransport nach Europa und der erneuten Einreise mit frisierten Papieren. Ihr Leben in der Fremde sichert ihnen das Überleben, ist aber auch geprägt von sozialem Abstieg, der mit dem Exil verbunden war. Die Ausbildung wird nicht anerkannt, so dass nur die Arbeit als Hausbesorger, Hausierer, Putzfrau, Sekretärin oder Handelsreisender bleibt. Sie leben in heruntergekommenen Vorstadtsiedlungen, stram-

peln sich ab, um sich ein kleines Glück leisten zu können, und erleben die faszinierende Dschungel- und Bergwelt ihres Gastlandes. Dabei reproduzieren sie ihre alten untergegangenen Wiener Lebenswelten und schaffen es auch hier kaum, ihre bürgerlichen Haltungen kritisch zu reflektieren. Auch lässt sie die Erinnerung an die erlittenen Qualen nicht los.

Und selbst Tausende Kilometer weit weg von der faschistisch mutierten Heimat treibt der Antisemitismus seine Blüten und sind deutsche Nazis unterwegs. Als die ersten Berichte über die Vernichtungslager in Umlauf kommen, wird es für die, die ihre Eltern nicht mitnehmen konnten, zur Gewissheit, dass sie sie nie wiedersehen werden. Johannes Kramer, das Alter Ego von Paul Engel, ist als einer der wenigen in der Lage, in seinem Gastland heimisch zu werden und sich stärker zu Lateinamerikanern hingezogen zu fühlen. Er ist es auch, der sich in dem Komitee exilierte Auslandsösterreicher engagiert und einen, wenn auch kleinen aktiven Beitrag im Kampf gegen den deutschen Faschismus leistet.

Im letzten Abschnitt des Buches erzählt Anna, Johannes Kramers Frau, wie sie von ihrem Mann die Nachricht vom endgültigen Sieg der alliierten Armeen überbracht bekommt und mit den Worten „Beginnt das Leben noch einmal und immer wieder?“ schließt das Buch. Der Roman erzählt alltägliche Geschichten in einem katastrophischen Jahrzehnt und zeigt, dass auch die Überlebenden schwer traumatisiert sind, und, auch wenn sie ihr nacktes Leben retten konnten, furchtbare seelische Qualen erlitten. Dieses zutiefst humanistische Werk ist auch ein bedeutendes Dokument des jüdischen Exils in Lateinamerika, dessen wichtigster künstlerischer Repräsentant Paul Engel neben Alfredo Bauer ist.

Engel, der Verfasser dieses wirkmächtigen Romans, hat darin viel von seiner eigenen Biografie verarbeitet. Der Wiener Arzt flüchtete vor den Nazis und lebte seit 1938 in Kolumbien, wo er zunächst als Wissenschaftler arbeitete und durch die Bekanntschaft mit dem Spanienkämpfer und Dichter Erich Arendt begann, sich als Schriftsteller zu etablieren. Seinen kolumbianischen und später ecuadorianischen Lebensmittelpunkt, Engel verstarb in Quito, gab er nie auf und kehrte nach dem Kriegsende auch nicht nach Österreich zurück. Viele Jahre schrieb er für die Schublade, bis ihn der inzwischen in die DDR zurückgekehrte Arendt an den Leipziger List-Verlag vermittelte, wo ab 1955 viele

seiner Werke erschienen. Der Roman „Die Unpolitischen“ wurde erstmals 1969 unter dem Titel „Die Parallelen schneiden sich“ veröffentlicht, nachdem Engel über 20 Jahre daran gearbeitet hatte. In ihm gab er auch seinem literarischen Mentor, Erich Arendt, als Schriftsteller Albin Hart einen Platz.

In Österreich dagegen konnte Engel literarisch nie Fuß fassen und fand für seine Werke keinen Verleger. So ist die Veröffentlichung des hier besprochenen Romans im Wiener Verlag *Edition Atelier* eine posthume Heimkehr des 1997 verstorbenen Literaten. Erich Hackl, der sich in seinem Werk immer wieder mit dem Thema „Exil in Lateinamerika“ beschäftigt hat und eine enge Freundschaft mit Alfredo Bauer pflegte, zeichnet als Herausgeber verantwortlich und hat dem Roman ein sehr lesenswertes Nachwort hinzugefügt. In dem für ihn so typischen empathischen und einfühlsamen Erzählton führt Hackl durch das Leben des Exilliteraten, der sich selbst nicht als Kommunist definierte, aber im Sozialismus die notwendige Zukunft der Menschheit sah.

STEFAN KRAUS

Heimo Halbrainer: Franz Leitner. Kommunist und „Gerechter unter den Völkern“. Graz: CLIO 2023, 180 S., 20 Euro

Es sollte bis 1976 dauern“, heißt es gegen Ende des Buches, bis zur Regierungszeit von Bundeskanzler Bruno Kreisky, und damit mehr als 30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, „ehe ein Ehrenzeichen für die Verdienste um die Befreiung Österreichs geschaffen wurde. Während viele ehemalige Widerstandskämpferinnen und -kämpfer zu diesem Zeitpunkt nicht mehr lebten und ihre Angehörigen diese Auszeichnung entgegennahmen, konnte Franz Leitner diese vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ihm am 5. Juni 1978 verliehene Auszeichnung selbst in Empfang nehmen.“

Ein halbes Jahrhundert nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald wurde Franz Leitner erneut geehrt: Wie alle ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten erhielt er das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark, verliehen durch die steiermärkische Landesregierung unter Landeshauptmann Josef Krainer (ÖVP). Ebenfalls im Jahr 1995 verlieh Bundespräsident Thomas Klestil Franz Leitner als „Mitglied des Landesvorstan-

des Steiermark des Bundesverbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband)“ das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich. Zu diesem Zeitpunkt war Franz Leitner 77 Jahre alt.

Vom Konzentrationslager Buchenwald und den damit verbundenen Leistungen Franz Leitners war bei all diesen Ehrungen nicht die Rede. Wohl aber bei der 1987 in Moskau vom sowjetischen Kriegsveteranenkomitee verliehenen Auszeichnung. Bereits unmittelbar nach der Befreiung am 2. Mai 1945 hatte Leitner ein Schriftstück in der Hand gehalten, in dem es hieß: „Das Kollektiv der befreiten sowjetischen Bürger des Konzentrationslagers Buchenwald spricht dem stählernen und energischen Antifaschisten, Genossen Leitner Franz, sehr großen Dank aus. [...] Er deckte die [...] Schule für Kinder im 8. Block, nachdem er es erreicht hatte, dass nicht ein einziges Kind zur Arbeit gehen musste, wofür er sein eigenes Leben aufs Spiel setzte. [...] In tiefer Dankbarkeit im Namen der befreiten sowjetischen Bürger.“

Erstmals geht der Grazer Historiker Heimo Halbrainer im nun erschienenen Buch detailliert der Biografie von Franz Leitner nach, den er in dessen letzten Lebensjahren noch persönlich kennenlernen konnte. 1918, vor dem Ende des Ersten Weltkriegs, wurde Leitner als Arbeiterkind in ein Wiener Neustadt hineingeboren, das seit der Jahrhundertwende aufgrund der dort angesiedelten Waffen- und Flugzeugindustrie sowie der Lokomotivfabrik eine Bevölkerungsexplosion erlebt hatte, die sich auch später noch fortsetzte. Halbrainer schildert plastisch das Umfeld, in dem dieser neue Erdenbürger aufwuchs. Der Ort war nicht nur eines der Zentren des Jännerstreiks im Jahr 1918, sondern nach dem Kriegsende eine sozialdemokratische Hochburg mit einer Stadtverwaltung, die eine dem Roten Wien vergleichbare Sozial- und Wohnungspolitik verfolgte. Jedoch mit der Einschränkung, dass die von den Christlichsozialen dominierte Landesregierung die finanziellen Quellen der Stadt auszudünnen und in manchen Bereichen trockenlegen begann.

Nach Abschluss der Hauptschule besuchte Leitner ab 1932 als eines der marginal vertretenen Arbeiterkinder die Staatsgewerbeschule für Maschinenbau und maturierte im Jahr 1936. Zuvor hatte er sich als Zwölfjähriger – „weil ein Schulfreund dabei war“, so Halbrainer – den Jungpionieren der damals dort fast unsichtbaren KPÖ angeschlossen, wobei

sein Vater sozialdemokratischer Vertrauensmann und Mitglied des Republikanischen Schutzbundes war. 1933 trat Leitner in den Kommunistischen Jugendverband (KJV) ein. Halbrainer schildert die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt in den 1920er und 1930er Jahren, in die er die Entwicklung des jungen Burschen anschaulich und verständlich einbettet, obwohl sich die persönlichen Quellen aus diesen Jahren als nicht überbordend erwiesen. So schreibt er zugleich auch eine politische Geschichte der Stadt und der Region vor dem Zweiten Weltkrieg.

Man sollte nicht der Annahme verfallen, dass bei einer solchen Vorgeschichte der Weg Leitners als antifaschistischer Kämpfer zwingend vorgezeichnet gewesen wäre. Er hätte auch den Weg jener vielen Mitschüler der Staatsgewerbeschule mitgehen können, die als Kinder von Fabriksbesitzern, technischen Beamten, Handel- und Gewerbetreibenden oder öffentlich Bediensteten eine persönliche Karriere in Unternehmen oder dem austrofaschistischen Staat anstrebten. Der junge Bursch hatte allerdings – außerhalb der Schule – gelernt, dass zwischen Kapitalismus und Faschismus ein Zusammenhang besteht, weshalb er sich nicht nur im KJV, sondern auch in der *Roten Hilfe* engagierte. Das tat er offenbar so umsichtig und gewandt, dass er 1936 – 18-jährig! – politischer Leiter der KPÖ für Wiener Neustadt wurde. Es dauerte allerdings nicht lange, bis er aufgrund seiner antifaschistischen Arbeit verhaftet und zu vier Monaten Kerker verurteilt wurde. Es folgten weitere 15 Monate Haft im Anhaltelager Wöllersdorf, aus dem er einen Monat vor dem „Anschluss“ im März 1938 aufgrund einer Amnestie freikam.

Es nützte wenig, dass er bald danach auf Initiative bzw. in Absprache mit der Partei nach Bremen ging und dort in seinem Beruf „untertauchte“. Nach einem Jahr zurück in Wiener Neustadt wurde im Zuge des in Vorbereitung befindlichen Überfalls der Wehrmacht auf Polen, wie Halbrainer schreibt, „am 22. August 1939 eine ‚Sonderaktion gegen führende Kommunisten und Revolutionäre Sozialisten in Wien und Wiener Neustadt‘ gestartet“. Einer der Festgenommenen war Franz Leitner. Am 7. September 1939 kam er im Konzentrationslager Buchenwald an. Im Juli 1943 wurde er zum Leiter des Blocks für Kinder unter 14 Jahre ernannt. Seltsamerweise ist diese Zeit im KZ, aus dem er erst Anfang Mai 1945 befreit wurde,



Franz Leitner, Landesobmann der KPÖ Steiermark 1958–1979, im Jahr 1950

die nahezu am besten dokumentierte im Leben Franz Leitners, nicht zuletzt auch aufgrund von Berichten von Mithäftlingen. Auch hier gelingt es Halbrainer, das persönliche Schicksal und den Widerstand Leitners mit der Entwicklung der Bedingungen und den Zuständen im Lager zu verknüpfen.

Am bedeutendsten und gegen Ende seines Lebens am bekanntesten wurde Leitners eindrucksvolle Rolle bei der Rettung von jüdischen Kindern. Bei der Befreiungsfeier in Buchenwald im Jahr 1995 hielt der ehemalige Botschafter Israels in den USA, Naphtali Lau-Lavie, der einst mit seinem Bruder als Kind dort inhaftiert war, eine Rede in deutscher Sprache, in der er unter anderem berichtete: „Hier in diesem Lager waren aktive Leute, die haben Solidarität geübt mit den Schwachen – mit uns. Die haben uns geholfen und auch gerettet. Ich möchte zwei Namen hier erwähnen. Der eine ist der verstorbene Wilhelm Hammann. [...] Vor ihm war ein anderer Blockältester: Franz Leitner. Er wurde [...] in den Bunker geworfen für seine Tätigkeit. Diesen zwei Männern verdanken wir das Leben sämtlicher jüdischer Kinder, die heute bekannte Leute in Israel und der ganzen Welt sind.“

Auf Initiative von Naphtali Lau-Lavie sowie seines ebenfalls geretteten Bruders Israel Meir-Lau, damals Oberrabbiner des Staates Israel, wurde Leitner im Jahr 1999 von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. Es handelt sich dabei um die höchste Auszeichnung, die der Staat Israel an Nichtjüdinnen und Nichtjuden verleiht. Dies war der Start-

schuss dafür, dass Franz Leitner auch aus dem hiesigen Establishment Anerkennung erfuhr, etwa nach dem Motto: „Wenn er schon aus Israel Anerkennung erhält, können wir nicht nachstehen.“ Zuvor nämlich wurden Leitners Leistungen als antifaschistischer Widerstandskämpfer eher totgeschwiegen; auch jene danach in Wiener Neustadt beim demokratischen Wiederaufbau erbrachten, wo er unmittelbar nach der Befreiung (bis 1950) als Vizebürgermeister fungierte und danach noch zwei Jahre als Stadtrat tätig war. Aber in den Jahren des Kalten Krieges deckte die antikommunistische Propaganda vieles zu.

Leitner wies bei mehreren Gelegenheiten auf die Bedeutung der funktionierenden, nicht zuletzt auch aus vielen Kommunisten bestehenden antifaschistische

Lagerorganisation im KZ Buchenwald hin, ohne die er nicht jene Rolle hätte spielen können, in der er die jüdischen Kinder retten konnte. Ohne seine Leistung unter den Scheffel zu stellen, spielte er sich nie als Einzelkämpfer oder Held auf; im Gegenteil.

Dass er 1953 mehr oder weniger aus heiterem Himmel mit seiner Ehefrau in die Steiermark übersiedelte, war einer Parteierfordernis geschuldet, wie Halbrainer schreibt, die aus dem überraschenden Todesfall eines führenden Funktionärs und der Übersiedlung eines anderen nach Wien resultierte. Er war in der Steiermark zunächst als Landessekretär tätig und von 1958 bis 1979 als Landesobmann der KPÖ. Dem Zentralkomitee der Partei gehörte er seit 1950 an (bis 1980). Es war nicht zuletzt eine Folge der Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Partei, die auf die Geheimrede von Nikita Chruschtschow und die gewaltsamen Ereignisse in Ungarn im Jahr 1956 folgten, dass das Landtagsmandat der KPÖ in der Steiermark in diesem Jahr verloren ging. Es konnte jedoch 1961 von der KPÖ zurückerobert werden, worauf Franz Leitner zwei Perioden (bis 1970) als Abgeordneter dem Landtag angehörte.

Halbrainer vergisst in seiner Biografie nicht, einige politische „Schmankerln“ zu überliefern, wenn er etwa Leitners Protest gegen die Verleihung des Peter-Rosegger-Literaturpreises an den in der NS-Zeit „Kulturbeauftragten für den Gau Steiermark“ Josef Papesch hinweist. Niemand Geringerer als das später von einer breiten Front aus Konservativen, Nazis und angeblichen Linken verklärte langjährige steirische Kulturheiligum Hanns Koren, damals Landeshauptmann-Stellvertreter, verteidigte diese Entscheidung unter Verweis auf dessen angebliche Verteidigung einer „steirischen Eigenart in der Kulturtradition“.

Als dessen ÖVP-Parteifreundin, die damalige Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, Franz Leitner im Jahr 2002 den Menschenrechtspreis des Landes Steiermark überreichte und dabei eine respektable Laudatio hielt, die im Buch neben anderen Dokumenten abgedruckt ist, kam Derartiges gleichwohl nicht zur Sprache. Aber man kann nicht alles haben. Im Buch jedenfalls ist nicht nur das ausführlich nachzulesen. Mehr noch – die hochwertige Reproduktion vieler Fotos und Dokumente machen das Werk zu einer anschaulichen Darstellung eines kommunistischen Lebens.

KARL WIMMLER

Buchpräsentation

Heimo Halbrainer:

Franz Leitner – Ein „Gerechter unter den Völkern“

Dienstag, **11. April 2023**, 19.00
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

Franz Leitner wurde aufgrund der Rettung jüdischer Kinder im Konzentrationslager Buchenwald von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Darüber hinaus wird in der von Heimo Halbrainer verfassten Biografie das Leben des 1918 geborenen Franz Leitner von den ersten politischen Aktivitäten in den 1930er Jahren über den Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus bis hin zu seiner Tätigkeit nach 1945 als Vizebürgermeister von Wiener Neustadt, Landesobmann der KPÖ Steiermark und Abgeordneter zum steiermärkischen Landtag nachgezeichnet.

Eine Veranstaltung von **CLIO, KZ-Verband Steiermark und Bildungsverein der KPÖ Steiermark**



Bestellungen:
verlag@clio-graz.net

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Peter Autengruber, Walter Baier, Sabine Fuchs, Stefan Kraus, Claudia Kuretsidis-Haider, Alfred J. Noll, Elisa Nowak, Karl Wimmeler, Hanno Wisiak

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den unseren Aktivitäten und Publikationen interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des größeren Seitenumfanges und der höheren Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 6,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Sollten Sie Mitglied der AKG werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro. In diesem Fall bitte eine Nachricht an klahr.gesellschaft@aon.at senden.